



021-1300

Taschenstatistik der Schweiz 2013



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

Bundesamt für Statistik

Espace de l'Europe 10

CH-2010 Neuchâtel

Auskünfte:

Telefon 032 713 60 11

Telefax 032 713 60 12

Bestellung von Publikationen:

Telefon 032 713 60 60

Telefax 032 713 60 61

www.statistik.admin.ch

Zeichenerklärung:

Drei Punkte (...) anstelle einer Zahl bedeuten, dass diese unbekannt ist, weil (noch) nicht erhoben oder (noch) nicht berechnet.

Ein Strich (–) anstelle einer Zahl steht für den Wert absolut null.

Eine Zahl mit hochgestelltem «p» bedeutet, dass diese provisorisch ist.

Abkürzungen Kantonsnamen:

Erklärung in Tabelle auf Seite 4.

Rundung:

Im Allgemeinen wird ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei Differenzen zwischen addierten Teilsummen und Gesamtsumme werden die Einzelwerte also nicht angepasst.

Quellen:

Bei der Wiedergabe von statistischen Ergebnissen wurde in der Regel auf Quellenangaben verzichtet. Entsprechende Informationen finden sich im Portal «Statistik Schweiz» www.statistik.admin.ch

Herausgeber:

Bundesamt für Statistik

Sektion Diffusion und Amtspublikationen

Februar 2013. Erscheint in deutscher, französischer, italienischer, rätoromanischer und englischer Sprache.

Konzeption:

Bernhard Morgenthaler †, Armin Grossenbacher

Redaktion:

Heinz Wyder, Etienne Burnier

Grafiken, Layout:

Daniel von Burg, Etienne Burnier

Karten:

Sabine Kuster

Titelseite:

Netthoevel & Gaberthüel, Biel;

Foto: © Warren Goldswain – Fotolia.com

Grafisches Konzept:

Roland Hirter, Bern

Bestellnummer:

021-1300

ISBN:

978-3-303-00487-6

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Bevölkerung	4
Raum und Umwelt	9
Arbeit und Erwerb	11
Volkswirtschaft	14
Preise	16
Industrie und Dienstleistungen	17
Land- und Forstwirtschaft	20
Energie	21
Bau- und Wohnungswesen	22
Tourismus	23
Mobilität und Verkehr	24
Die Schweiz und Europa	26
Banken, Versicherungen	28
Soziale Sicherheit	29
Gesundheit	32
Bildung und Wissenschaft	34
Kultur, Medien und Informationsgesellschaft	37
Politik	39
Öffentliche Finanzen	41
Kriminalität und Strafrecht	43
Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung	45
Nachhaltige Entwicklung	49
Regionale Disparitäten	50
Die Schweiz und ihre Kantone	51

Das Jahr 2012 war ergiebig an statistischen Ergebnissen. Es wurden zahlreiche Daten aus der neuen Volkszählung, die seit 2010 jährlich durchgeführt wird, publiziert. Beispielsweise wurden im Rahmen der Strukturerhebung 2010 erstmals seit der Volkszählung 2000 neue Daten zur Sprachen- und Religionslandschaft der Schweiz veröffentlicht. In der Taschenstatistik der Schweiz 2013 sind zum ersten Mal seit dem Jahr 2000 aktualisierte Daten zu diesen Themen enthalten.

Die Ergebnisse der thematischen Erhebung 2011 zur Aus- und Weiterbildung wurden im vergangenen Oktober vorgestellt. Dieses Jahr ist es die thematische Erhebung zur Gesundheit, die ihre ersten Ergebnisse liefern wird.

Mit der Volkszählung werden jedes Jahr auf vier Arten Daten erhoben: anhand einer registerbasierten Erhebung, bei der die Kantone und Gemeinden Informationen liefern, einer Strukturerhebung mittels Stichprobenziehung, einer thematischen Erhebung, deren Thema von Jahr zu Jahr wechselt und die ebenfalls als Stichprobenerhebung durchgeführt wird, und einer sogenannten Omnibuserhebung, die Informationen zu mehreren Themen sowie sehr kurzfristige Antworten auf aktuelle politische und wissenschaftliche Fragen ermöglicht. Die Omnibuserhebung 2011 zur Wahrnehmung der Umweltqualität und zum Umweltverhalten beispielsweise lieferte Anfang 2012 die ersten Ergebnisse.

Es ist der Teilnahme der Schweizer Bevölkerung zu verdanken, dass wir all diese Erhebungen jedes Jahr durchführen können. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre der neuen Ausgabe der Taschenstatistik und eine spannende Entdeckungsreise auf dem Statistikportal Schweiz.

Dr. Jürg Marti

Direktor
Bundesamt für Statistik (BFS)

Neuchâtel, Januar 2013

Weitere Informationsquellen:

- Pressemitteilungen als Newsletter: Die Pressemitteilungen des BFS können im Originalwortlaut als direkte Newsletter auf Ihre E-Mail-Adresse abonniert werden – prompt und gratis.
Anmeldung: www.news-stat.admin.ch
- Neues im Portal: die aktuellsten Veröffentlichungen des BFS, zu thematischen Paketen zusammengefasst.
www.statistik.ch → Aktuell → Neues im Portal.
- Antworten auf spezifische Fragen erteilt das Informationszentrum für Statistik, Telefon 032 713 60 11 oder per E-Mail an:
info@bfs.admin.ch

Ständige Wohnbevölkerung in den Kantonen 2011

Am Jahresende	Total in 1000	Ausländer in %	Städtisch in %	Dichte je km ²	Wachstum 2010–2011 in %
Schweiz	7 954,7	22,8	73,7	198,9	1,1
Zürich (ZH)	1 392,4	24,6	95,1	838,3	1,4
Bern (BE)	985,0	13,7	62,7	168,6	0,5
Luzern (LU)	382,0	16,8	50,8	267,3	1,2
Uri (UR)	35,4	9,8	0,0	33,5	–0,1
Schwyz (SZ)	147,9	18,9	80,2	173,7	0,8
Obwalden (OW)	35,9	13,7	0,0	74,7	0,8
Nidwalden (NW)	41,3	11,8	87,6	171,1	0,7
Glarus (GL)	39,2	21,4	0,0	57,6	1,6
Zug (ZG)	115,1	24,6	96,2	555,8	1,8
Freiburg (FR)	284,7	19,1	55,8	178,6	2,2
Solothurn (SO)	257,0	19,7	77,6	325,1	0,7
Basel-Stadt (BS)	186,3	33,1	100,0	5 033,9	0,7
Basel-Landschaft (BL)	275,4	19,6	91,8	532,0	0,3
Schaffhausen (SH)	77,1	23,6	75,9	258,7	1,0
Appenzell A. Rh. (AR)	53,3	14,5	53,0	219,5	0,6
Appenzell I. Rh. (AI)	15,7	10,1	0,0	91,3	0,4
St. Gallen (SG)	483,2	22,1	66,9	247,7	0,9
Graubünden (GR)	193,4	17,0	50,0	27,2	0,4
Aargau (AG)	618,3	22,3	65,9	443,2	1,1
Thurgau (TG)	252,0	22,1	50,0	292,0	1,4
Tessin (TI)	336,9	26,2	87,9	122,9	1,0
Vaud (VD)	725,9	31,6	74,7	257,2	1,8
Valais (VS)	317,0	21,2	56,8	60,8	1,4
Neuchâtel (NE)	173,2	23,4	74,6	241,6	0,6
Genève (GE)	460,5	39,4	99,2	1 873,5	0,6
Jura (JU)	70,5	12,7	30,6	84,1	0,7

Ständige Wohnbevölkerung in den grossen Städten 2011

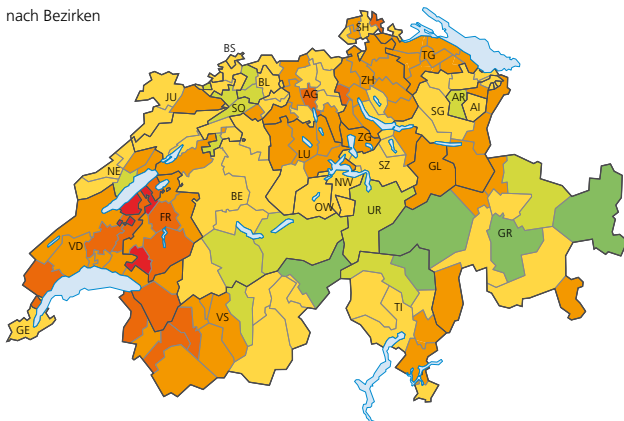
	Stadt		Agglomeration	
	in 1000	Wachstum in % 2010–2011	in 1000	Wachstum in % 2010–2011
Total	1 087,9	1,0	3 075,4	1,1
Zürich	377,0	1,1	1 204,0	1,3
Genf	188,2	0,4	530,7	0,8
Basel	164,5	0,8	500,6	0,6
Bern	125,7	1,0	355,6	0,7
Lausanne	129,4	1,2	342,2	1,7
Winterthur	103,1	1,7	142,4	1,8

Die Bevölkerung ist mehrheitlich städtisch

74% der Bevölkerung wohnen heute (2011) in städtischen Gebieten; 1930 waren es lediglich 36% gewesen. Rund die Hälfte der städtischen Bevölkerung wohnt in den Agglomerationen der fünf Grossstädte Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne.

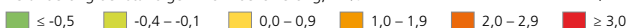
Das Bevölkerungswachstum in den städtischen Regionen ist seit dem Jahr 2000 ausgeprägter als in den ländlichen Gebieten (2011: +1,1% gegenüber +0,9%).

nach Bezirken



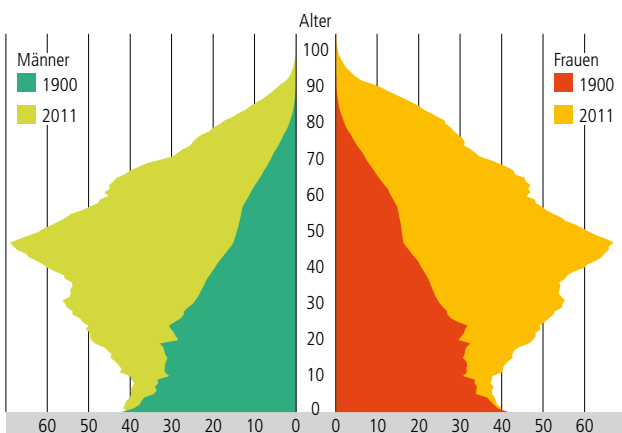
Veränderung der ständigen Wohnbevölkerung, in %

CH: +1.1 %



Altersaufbau der Bevölkerung

Anzahl Personen in 1000



Eine alternde Gesellschaft

Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist der Anteil der älteren Menschen gestiegen, während derjenige der Jugendlichen (unter 20 Jahren) und der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) gesunken ist. Die Form der Alterspyramide hat sich dabei von einer «Pyramide» zu einer «Tanne» (2011) gewandelt, wobei die geburtenstarken Jahrgänge 1959 bis 1971 dominieren. Ihnen stehen eine schwächer besetzte Jugendgeneration und eine wachsende Zahl älterer Menschen gegenüber. Die Alterung wird sich fortsetzen. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren dürfte bis 2060 von 17% (2011) auf rund 28% ansteigen. Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz ist in den letzten Jahren vor allem auf den Einwanderungsüberschuss zurückzuführen und nur zu einem geringen Teil auf den Geburtenüberschuss.

Lebendgeborene 2011

Total	80 808
Knaben je 100 Mädchen	106,2
Anteil nicht ehelicher Lebendgeborene in %	19,3
Kinder je Frau ¹	1,5

1 Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens zur Welt bringt, wenn man die altersspezifischen Geburtenziffern im Beobachtungsjahr zu Grunde legt

Todesfälle 2011

Total	62 091
Alter der Gestorbenen	
0–19 Jahre	515
20–39 Jahre	922
40–64 Jahre	7 802
65–79 Jahre	15 900
≥ 80 Jahre	36 952

Internationale Wanderungen 2011

Eingewanderte Personen	148 799
davon Ausländer	124 695
Ausgewanderte Personen	96 494
davon Ausländer	66 738
Wanderungssaldo	52 305
Schweizer	–5 652
Ausländer	57 957

Binnenwanderungen² 2011

Total Zu- und Wegzüge	477 853
------------------------------	----------------

2 Wanderungen zwischen den politischen Gemeinden, ohne Wanderungen innerhalb einer Gemeinde

Heiraten 2011

Total	42 083
Schweizer/Schweizerin	21 516
Schweizer/Ausländerin	8 104
Ausländer/Schweizerin	6 836
Ausländer/Ausländerin	5 627
Durchschnittsalter bei der Heirat (Jahre)	
Ledige Männer	31,8
Ledige Frauen	29,5

Scheidungen 2011

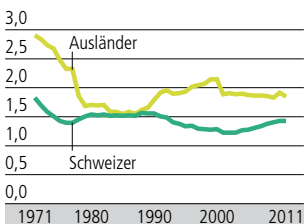
Total	17 566
mit unmündigen Kindern (%)	44,9
Ehedauer	
0–4 Jahre	2 073
5–9 Jahre	4 795
10–14 Jahre	3 162
15 und mehr Jahre	7 536
Zusammengefasste Scheidungsziffer ³	43,2

3 Anteil der Ehen, die früher oder später geschieden werden, wenn das Scheidungsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

Mehrlingsgeburten⁴ 2011

Total	1 412
davon Zwillingsgeburten	1 380

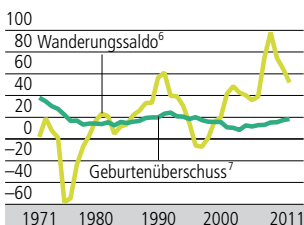
4 Anzahl Entbindungen; lebend- und totgeborene Kinder

Zusammengefasste Geburtenziffer⁵

5 Kinder je Frau; siehe Anmerkung 1

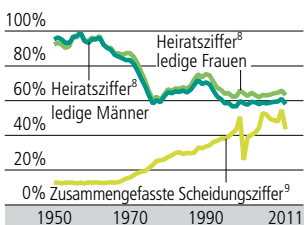
Wanderungssaldo und Geburtenüberschuss

in 1000



6 Bis 2010 inkl. Statuswechsel

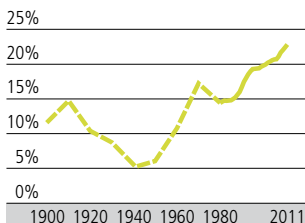
7 Lebendgeburten minus Todesfälle

Heiraten und Scheidungen

8 Anteil (%) der ledigen Männer, bzw. Frauen jünger als 50 Jahre, die im Laufe der Zeit heiraten werden, wenn das Heiratsverhalten im Beobachtungsjahr zu Grunde gelegt wird

9 Siehe Anmerkung 3. Ab 2011 sind die Scheidungen von zwei ausländischen Personen nicht vollständig erfasst.

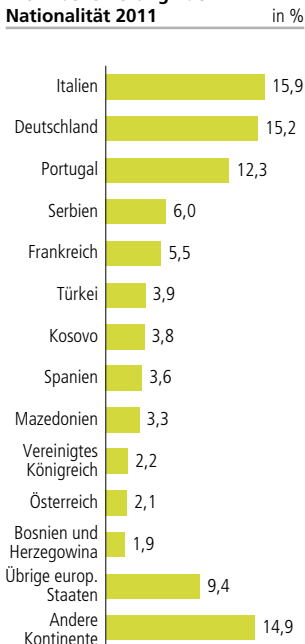
Anteil der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung



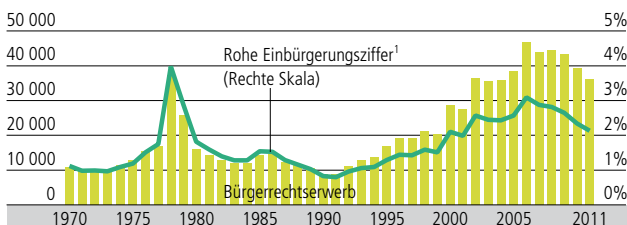
Ausländische Wohnbevölkerung nach Anwesenheitsbewilligung 2011

	in 1000
Total¹	1 896,7
Aufenthalter (Ausweis B)	610,1
Niedergelassene (Ausweis C)	1 129,5
Kurzaufenthalter (≥ 12 Monate) (Ausweis L)	18,9
Internationale Funktionäre und Diplomaten	28,3
Kurzaufenthalter (< 12 Monate) (Ausweis L)	61,6
Asylsuchende (Ausweis N)	17,4
Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F)	22,8

Ständige ausländische Wohnbevölkerung nach Nationalität 2011



Erwerb des Schweizer Bürgerrechts



1 Anzahl Bürgerrechtserwerbe in % der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

Ausländische Bevölkerung: fast die Hälfte ist in der Schweiz geboren oder seit über 15 Jahren hier wohnhaft

Der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung liegt bei 23%. Fast die Hälfte der Einwohner ohne Schweizer Pass (48%) lebt seit 15 oder mehr Jahren hier oder ist schon hier geboren. Im Jahr 2011 haben 36 000 Personen (2,1% der ausländischen Wohnbevölkerung) die schweizerische Staatsbürgerschaft erworben. Die ausländische Bevölkerung ist jung: Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) entfallen nur deren 11 im Alter ab 65 Jahren (Schweizer: 34). 27% der 2011 in der Schweiz geborenen Kinder besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. 2011 ist die Zahl der Einwanderungen gegenüber dem Vorjahr um 8,0% gesunken. Dabei stammten 71% der Eingewanderten aus dem EU/EFTA-Raum.

Die Formen des Zusammenlebens ändern sich

Immer weniger Leute leben in einem Familienhaushalt mit Kindern: 1970 waren es 65%, heute (2011) sind es 47%. Immer mehr leben allein (7% bzw. 17%) oder in Paarhaushalten ohne Kinder (18% bzw. 27%).

Der Entscheid zu Heirat und Gründung einer Familie fällt immer später: Das Erstheiratsalter hat bei den Frauen von 24 (1970) auf 30 Jahre (2011) zugenommen, bei den Männern von 26 auf 32 Jahre; das Alter der Mütter bei der ersten Geburt ist von durchschnittlich 25 auf 30 Jahre gestiegen.

Das traditionelle bürgerliche «Alleinernährermodell» ist heute die Ausnahme: zwei Drittel der Mütter in Paarhaushalten mit jüngstem Kind unter 7 Jahren (69%) sind erwerbstätig – allerdings meist nur teilzeitlich, denn nach wie vor gilt in den meisten Familien: Erwerbsarbeit leisten überwiegend die Väter (in der Regel vollzeitlich), Haus- und Familienarbeit hauptsächlich die Mütter (vgl. S. 48).

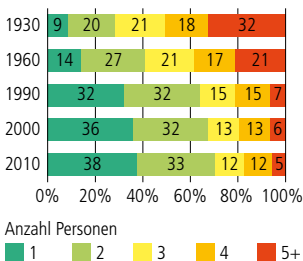
Immer mehr Kinder wohnen nur noch bei einem Elternteil. Dieser Anteil ist bei den 15- bis 19-Jährigen besonders hoch (2011: 18%; 1980: 11%).

Hauptsprachen 2010 ¹	in %
Deutsch	65,6
Französisch	22,8
Italienisch	8,4
Serbisch und Kroatisch	2,6
Albanisch	2,5
Portugiesisch	3,1
Spanisch	2,1
Englisch	4,5
Türkische Sprachen	1,1
Rätoromanisch	0,6
Übrige Sprachen	4,6

¹ Ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in Privathaushalten. Mehrfachnennungen möglich

Haushaltsgrösse

Nur Privathaushalte

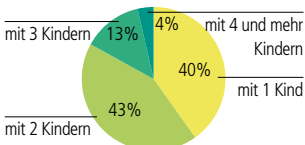


Privathaushalte 2010 in 1000

Total	3 436,0
Einpersonenhaushalte	1 289,7
Familienhaushalte	2 105,3
Paare ohne Kinder	989,2
Paare mit Kindern	897,8
Elternteil mit Kindern	184,2
Einzelperson mit Elternteil	34,2
Nichtfamilienhaushalte	40,9

Familienhaushalte mit Kindern

2000 Nur ledige Kinder unter 18 Jahre



Religionszugehörigkeit 2010² in %

Evangelisch reformiert	28,0
Römisch-katholisch	38,6
Andere christliche Glaubensgemeinschaften	5,5
Jüdische Glaubensgemeinschaften	0,2
Islamische Glaubensgemeinschaften	4,5
Andere Religionsgemeinschaften	1,1
Konfessionslos	20,1
Ohne Angabe	2,0

² Ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in Privathaushalten

Witterung 2011

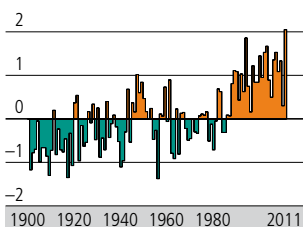
Station	Mittlere Lufttemperatur		Jährliche Niederschlagsmenge		Jährliche Sonnenscheindauer	
	°C	Abw. ¹ in °C	mm	Index ²	Std.	Index ²
Lugano (273 m ü. M.)	13,5	1,9	1 179	76	2 336	115
Basel-Binningen (316)	11,6	2,0	688	88	1 983	124
Genf-Cointrin (420)	11,4	1,8	619	65	2 150	127
Neuenburg (485)	11,3	2,0	710	76	2 077	134
Sitten (482)	11,3	2,1	485	81	2 427	122
Zürich / Fluntern (556)	10,5	2,0	914	84	1 945	131
Bern-Zollikofen (553)	10,1	2,2	789	77	2 181	133
St. Gallen (776)	9,4	2,0	1 242	99	1 891	142
Davos (1594)	4,7	1,9	1 070	107	1 997	119

1 Abweichung vom langjährigen Mittelwert (1961–1990)

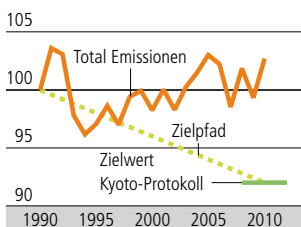
2 100 = langjähriger Mittelwert (1961–1990)

Temperaturabweichung

vom Mittelwert 1961–1990, in °C

**Treibhausgas-Emissionen**

Index 1990=100

**Klimawandel**

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist eine globale Zunahme der Temperatur zu beobachten, die mit natürlichen Einflussfaktoren allein nicht erklärbar ist. Dabei spielt der Treibhauseffekt eine zentrale Rolle. Dieses an sich natürliche Phänomen wird durch menschliche Einwirkung verstärkt, insbesondere durch das Verbrennen fossiler Energieträger und den damit verbundenen Ausstoss des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂). Hauptverursacher dieser Emissionen sind der Verkehr (insbesondere Strassenverkehr), die Haushalte (Gebäudeheizungen und Warmwasser), die Industrie und die Landwirtschaft.

Bodennutzung

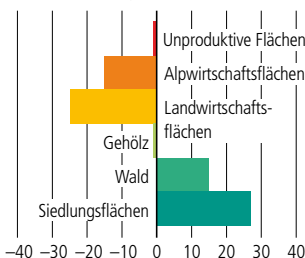
Erhebungsperiode 1992–1997

	km ²	%
Gesamtfläche	41 285	100
Wald, Gehölze	12 716	30,8
Landwirtschaftsflächen	9 873	23,9
Alpwirtschaftsflächen	5 378	13,0
Siedlungsfläche	2 791	6,8
Gewässer	1 740	4,2
Andere unprod. Flächen	8 787	21,3

Bodennutzungswandel

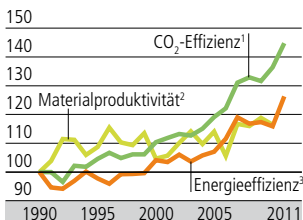
Entwicklung 1979/85–1992/97

Quadratkilometer pro Jahr



Ökoeffizienz

Index 1990=100



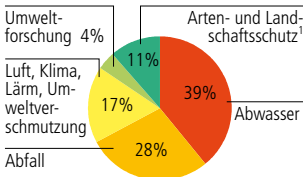
1 BIP / CO₂-Emissionen

2 BIP / Totaler Materialaufwand

3 BIP / Endenergieverbrauch

Öffentliche Ausgaben im Umweltschutz 2010

Total: 4,2 Mrd. Fr.



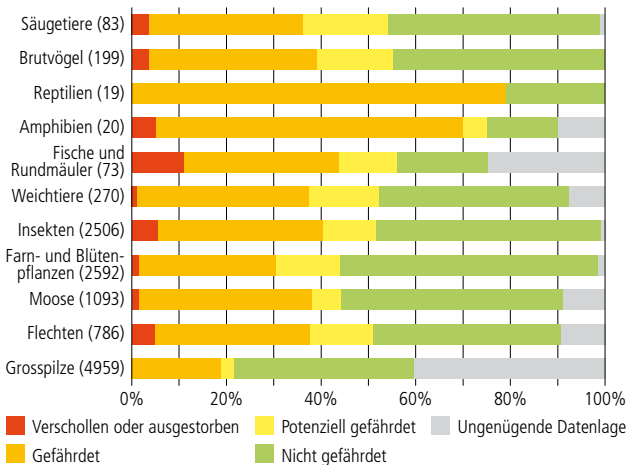
1 Inkl. Direktzahlungen an die Landwirtschaft für ökologische Leistungen

Ökoeffizienz

Eine Steigerung der Ökoeffizienz wird dadurch erreicht, dass im Verhältnis zur verursachten Umweltbelastung, z.B. zum ausgestossenen CO₂, zur benötigten Energiemenge oder zum globalen Materialaufwand eine höhere Wirtschaftsleistung erzielt wird. Eine steigende Ökoeffizienz im Inland kann verschiedene Ursachen haben: einerseits den Einsatz umweltfreundlicherer Technologien und Produkte, andererseits strukturelle Veränderungen, z.B. die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors oder die Verlagerung von umweltbelastenden Produktionsprozessen ins Ausland.

Biodiversität – bedrohte einheimische Arten

Stand: 1994–2012 je nach Artengruppe



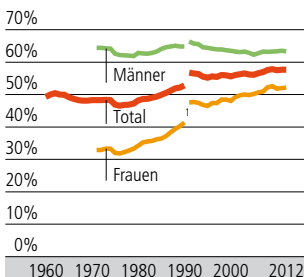
Biodiversität

Der landschaftliche Reichtum der Schweiz zeigt sich in einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensräume für Pflanzen und Tiere – entsprechend günstig sind die Voraussetzungen für eine hohe Biodiversität. Das Wirken des Menschen übt jedoch Druck auf die biologische Vielfalt aus. Während die landschaftliche Umgestaltung durchaus auch Lebensräume für neue Arten schafft, führt die Uniformisierung und intensive Nutzung der Landschaft zu Populationsrückgängen und zu Artenverlusten.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Raum, Umwelt

Erwerbspersonen

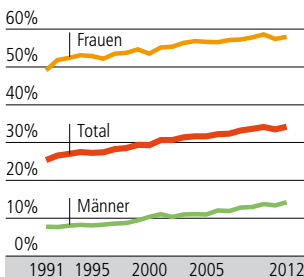
in % der ständigen Wohnbevölkerung



1 Ab 1991 neue Berechnungsmethode

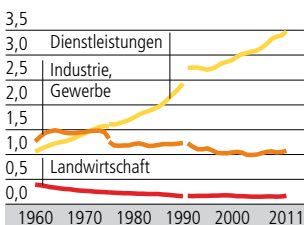
Teilzeiterwerbstätige

in % der Erwerbstätigen



Erwerbstätige¹ nach Wirtschaftssector

in Mio.



1 Ab 1975 bzw. 1991 neue Berechnungsmethode

Erwerbstätige nach Erwerbsstatus¹

Ständige Wohnbevölkerung, in 1000

2.Quartal	2011	2012
Total	4 369	4 395
Selbständige	589	596
Mitarbeitende	88	93
Familienmitglieder		
Arbeitnehmende	3 457	3 482
Lehrlinge	234	224

1 Soziologische Definition

Erwerbstätige nach Aufenthaltsstatus und Geschlecht

in 1000

2.Quartal	1991	1995	2000	2010	2011	2012
Total	4 135	3 993	4 107	4 594	4 719	4 759
Schweizer/innen	3 084	3 001	3 138	3 339	3 402	3 402
Ausländer/innen	1 051	992	969	1 255	1 317	1 358
Niedergelassene	551	564	588	626	636	647
Aufenthalter/innen	177	202	181	341	368	381
Saisoniers ¹	85	43	25	–	–	–
Grenzgänger/innen	183	148	140	228	245	259
Kurzaufenthalter/innen	21	19	20	43	46	45
Übrige Ausländer/innen	34	17	15	17	22	25
Männer	2 425	2 306	2 319	2 530	2 596	2 622
Frauen	1 710	1 687	1 788	2 064	2 123	2 138

1 Saisonarbeiterbewilligungen werden seit dem 1.6.2002 nicht mehr ausgestellt

Starke Zunahme der erwerbstätigen Frauen

Zwischen 2007 und 2012 hat die Zahl der erwerbstätigen Frauen (+8,8% auf 2,138 Mio.) stärker zugenommen als diejenige der erwerbstätigen Männer (+6,8% auf 2,622 Mio.). Frauen vereinen zunehmend Berufs- und Familienleben und besetzen mehrheitlich Teilzeitstellen. So arbeiten im Jahr 2012 58,0% der Frauen Teilzeit (2007: 57,1%). Von den Männern hingegen sind lediglich 14,3% teilzeitlich erwerbstätig, doch auch bei ihnen hat die Teilzeiterwerbstätigkeit seit 2007 zugenommen (+2,3 Prozentpunkte). Die erhöhte Erwerbsbeteiligung der Frauen wurde auch durch die Tertiärisierung der Wirtschaft begünstigt, denn 86,4% der erwerbstätigen Frauen arbeiten 2011 im tertiären Sektor (Männer: 63,8%).

Ausländische Arbeitskräfte

Ein wichtiger Faktor auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt sind die ausländischen Arbeitskräfte. Das starke Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wäre ohne den Zustrom der «Gastarbeiter» nicht möglich gewesen. Ihr Anteil übersteigt seit den 60er-Jahren stets 20% und beträgt 2012 28,5%. Besonderes Gewicht haben die Ausländerinnen und Ausländer im Industriesektor (2012: 37,7%; Dienstleistungssektor: 26,6%).

Zwei Drittel der ausländischen Erwerbstätigen (2012: 68,9%) sind Staatsangehörige eines EU- oder EFTA-Landes. Davon stammen rund die Hälfte aus Deutschland (26,6%) und Italien (22,3%).

Von den ausländischen Erwerbspersonen, die in den vergangenen 10 Jahren in die Schweiz eingewandert sind, haben über vier Fünftel (81,9%) eine Ausbildung auf Sekundarstufe II oder Tertiärstufe abgeschlossen. Bei den Ausländerinnen und Ausländern, die früher zugewandert sind, beträgt der entsprechende Anteil 58,2%.

Arbeitslosigkeit¹

	1991	2000	2010	2011	2012
Arbeitslose	39 222	71 987	151 986	122 892	125 594
Anteil Langzeitarbeitslose ² in %	4,4	20,1	21,4	20,1	15,3
Arbeitslosenquote in % ³	1,1	1,8	3,5	2,8	2,9
Männer	1,0	1,7	3,6	2,8	2,9
Frauen	1,2	2,0	3,4	2,9	2,9
Schweizer	0,8	1,3	2,6	2,1	2,1
Ausländer	2,1	3,7	6,4	5,2	5,5
15–24 Jahre	1,1	1,8	4,3	3,2	3,2

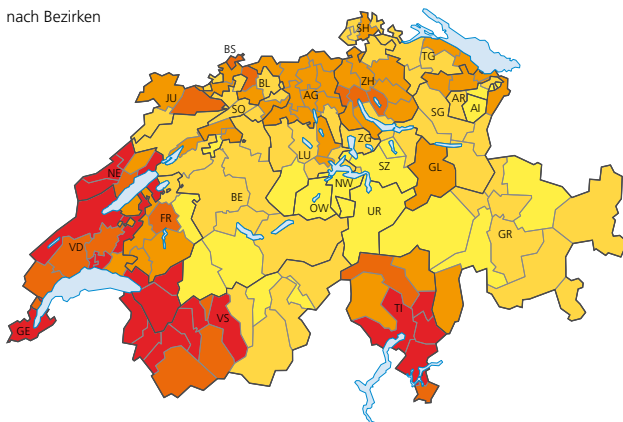
1 Arbeitslosigkeit gem. SECO

2 Dauer der Arbeitslosigkeit > 12 Monate

3 Ab 2010: Variationskoeffizient A=0,0–1,0%

Arbeitslosenquote 2012

nach Bezirken



Anteil der Arbeitslosen (gemäss SECO) an allen Erwerbspersonen, in %

< 1,5
 1,5 – 2,4
 2,5 – 3,4
 3,5 – 4,4
 ≥ 4,5
 CH: 2,9

Lohnniveau 2010Monatlicher Bruttolohn¹, Median

	Anforderungsniveau ²				
	Total	a	b	c	d
Schweiz³	5 979	11 311	7 134	5 724	4 540
Genferseeregion (VD, VS, GE)	6 083	11 917	7 429	6 067	4 727
Espace Mittelland (BE, FR, SO, NE, JU)	5 890	10 475	6 870	5 680	4 644
Nordwestschweiz (BS, BL, AG)	6 220	11 963	7 268	5 850	4 591
Zürich (ZH)	6 349	12 819	7 749	5 805	4 481
Ostschweiz (GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG)	5 568	9 523	6 500	5 389	4 418
Zentralschweiz (LU, UR, SZ, OW, NW, ZG)	5 932	10 667	6 824	5 612	4 548
Tessin (TI)	5 076	8 690	5 907	5 274	3 948

Monatlicher Bruttolohn¹, privater und öffentlicher Sektor 2010

Median, in Franken

	Anforderungsniveau ²			
	Total	a + b	c	d
Kommunaler öffentlicher Sektor ⁴	7 202	8 263	6 865	5 424
Kantonaler öffentlicher Sektor	7 777	9 382	6 972	5 476
Bund	7 249	9 667	6 582	5 897
Privater Sektor, insgesamt	5 928	7 629	5 674	4 525
Privater Sektor, Unternehmen mit weniger als 5 Beschäftigte	5 082	5 746	4 831	3 987
Privater Sektor, Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigte	6 546	9 960	6 154	4 529

1 Standardisierter Monatslohn: Vollzeitäquivalent basierend auf 4 1/3 Wochen à 40 Arbeitsstunden

2 Anforderungsniveau

a = Verrichtung höchst anspruchsvoller und schwierigster Arbeiten

b = Verrichtung selbstständiger und qualifizierter Arbeiten

c = Berufs- und Fachkenntnisse vorausgesetzt

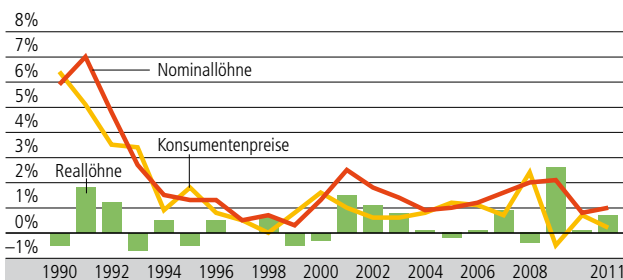
d = Einfache und repetitive Tätigkeiten

3 Privater Sektor und öffentlicher Sektor (Bund) zusammen

4 Angaben 2008

Entwicklung der Nominallöhne, der Konsumentenpreise und der Reallöhne

Veränderung gegenüber dem Vorjahr

**Entwicklung der Reallöhne**

Index 1939 = 100

	1980	1990	2000	2009	2010	2011
Total	254	272	279	298	298	301
Männer	241	257	264	280	280	282
Frauen	279	302	311	335	336	338

Leichte Abschwächung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2011

Nach einem sehr dynamischen Jahr 2010 verzeichnete die Schweizer Wirtschaftstätigkeit, gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP), eine leichte Abschwächung ihres Wachstums (1,9% verglichen mit 3,0% im Jahr 2010). Einige Exportbranchen, insbesondere die Industrie, konnten von der nach wie vor günstigen internationalen Wirtschaftslage profitieren und registrierten markante Wertschöpfungssteigerungen. Auch der Maschinen- und Anlagegüterindustrie kam der starke Investitionsanstieg in der Schweiz zugute. Die Finanzinstitute (Banken und Versicherungen) hingegen bewegten sich weiter in einem schwierigen Umfeld und verzeichneten zu Preisen des Vorjahres ein nur leicht positives Wachstum.

Alle Nachfragekomponenten konnten ein Wachstum verbuchen. Vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen dauerte, nach dem Rückgang im Jahr 2009, der Aufwärtstrend im Jahr 2010 angesichts der ermutigenden Aussichten für die Schweizer Industrie an. Die Bauinvestitionen setzen ihr Wachstum namentlich dank der anhaltend tiefen Hypothekarzinsen fort. Der Beitrag des Aussenhandels stieg weiter an, im Vergleich zu 2010 war jedoch eine Abschwächung zu beobachten. Die Warenexporte profitierten von der ausgeprägten Dynamik der Uhrenbranche sowie von den trotz grossem Preisdruck robusten Ergebnissen der Chemie- und Pharmaindustrie.

Das Bruttonationaleinkommen (BNE), das die Summe der Einkommen der gebietsansässigen Einheiten misst, ging 2011 um 1,1% zurück. Dieses Ergebnis folgt auf die deutlichen Zunahmen der Jahre 2010 (+7,3%) und 2009 (+7,0%). Dass 2011 trotz Anstieg des BIP (+2,2% zu laufenden Preisen) ein Rückgang verzeichnet wurde, ist auf die durch den Wechselkurs bedingten starke Abnahme der aus dem Ausland zugeflossenen Vermögenserträge (-16,5%) und insbesondere der Ergebnisse der im Ausland ansässigen Tochtergesellschaften zurückzuführen.

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) und seine Komponenten

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, zu Preisen des Vorjahres

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ^p	2011 ^p
BIP	0,0	2,4	2,7	3,8	3,8	2,2	-1,9	3,0	1,9
Konsumausgaben	1,3	1,4	1,4	1,3	2,0	0,6	2,0	1,4	1,4
Bruttoinvestitionen	-1,0	3,0	3,5	3,7	0,4	0,2	-6,2	5,4	3,7
Exporte	-0,9	7,9	7,7	10,1	9,9	2,9	-7,7	7,8	3,8
Importe	0,7	7,2	6,6	6,8	6,2	-0,3	-5,2	7,4	4,2

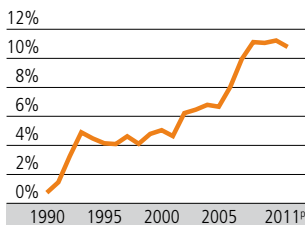
BIP in Milliarden Fr. zu laufenden Preisen	451	465	479	508	541	568	554	574	587
--	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Tendenziell zunehmende Bedeutung des Aussenbeitrags

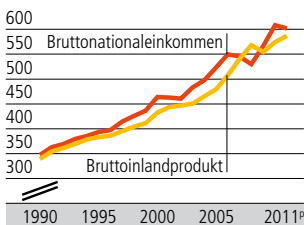
Der Aussenhandel wirkt seit 1997 als Wachstumsmotor. Zeiträume mit einer kräftigen wirtschaftlichen Expansion fallen denn auch mit einem florierenden Aussenhandel zusammen. Die Ausfuhren trugen in den wirtschaftlich guten Jahren (1997 bis 2000 und 2004 bis 2007) am meisten zum BIP-Wachstum bei. Durch die dynamischen Exporte ist der Anteil des Aussenbeitrags (Ausfuhren minus Einfuhren) am BIP gewachsen, was die zunehmende Bedeutung der übrigen Welt für die Schweizer Wirtschaft aufzeigt. Im Jahr 2009 spürte die Schweiz deshalb auch deutlich die weltwirtschaftliche Verlangsamung. Diese hatte einen negativen Beitrag des Aussenhandels zur Folge und trug deshalb signifikant zum Rückgang des BIP bei.

Im Jahr 2010 leistet der Aussenhandel erneut einen positiven Beitrag (+1,0 Prozentpunkte) zum BIP-Wachstum, im Jahr 2011 wird dieser jedoch wieder kleiner (+0,3%). Die zunehmende Bedeutung der übrigen Welt zeigt sich auch bei den im Ausland erwirtschafteten Erträgen. Diese spielen eine immer grössere Rolle für das Bruttonationaleinkommen (BNE), das in der Regel höher ausfällt als das BIP. Die Jahre 2007 und 2011 heben sich mit einem deutlich weniger dynamischen BNE von diesem Trend klar ab. Verantwortlich dafür waren die Verluste der Niederlassungen von Schweizer Banken im Ausland im Jahr 2008 und die Wechselkurse im Jahr 2011.

Anteil des Aussenbeitrags am BIP zu laufenden Preisen

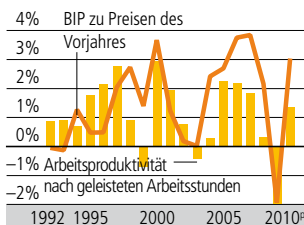


BIP und BNE zu laufenden Preisen in Milliarden Schweizer Franken



Wenn die anhand des BIP gemessene Wirtschaftstätigkeit bekannt ist, kann auch die Effizienz untersucht werden, mit der die Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) zum Einsatz kommen. Die Effizienz der Arbeit ergibt sich aus der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden, d.h. aus der Wertschöpfung, die in einer Arbeitsstunde geschaffen wird.

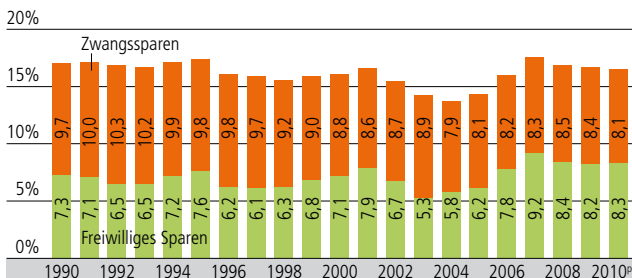
Jährliche Wachstumsrate



Die Grafik zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden und den Verlauf des BIP. Im Allgemeinen sind bei diesen beiden Kurven ähnliche Trends auszumachen. In einer Expansionsphase (wachsendes BIP) steigt meistens auch die Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden, in einer Phase der konjunkturellen Verlangsamung (stagnierendes oder rückläufiges BIP) nimmt auch die Arbeitsproduktivität nach geleisteten Arbeitsstunden ab.

Sparquote der privaten Haushalte und POoE¹

Anteile am verfügbaren Bruttoeinkommen



¹ Private Organisationen ohne Erwerbscharakter im Dienste der Haushalte

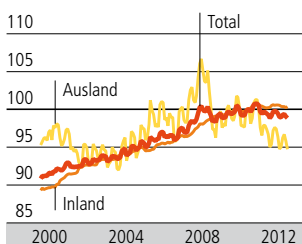
Entwicklung der Konsumentenpreise

Veränderung der Jahresdurchschnitte in %

	2008	2009	2010	2011	2012
Total	2,4	-0,5	0,7	0,2	-0,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	3,1	-0,2	-1,1	-3,3	-1,0
Alkoholische Getränke und Tabak	2,6	2,7	1,2	1,7	1,1
Bekleidung und Schuhe	4,0	2,4	1,1	1,4	-6,0
Wohnen und Energie	4,9	-1,1	2,4	2,4	0,8
Hausrat und laufende Haushaltsführung	0,8	0,8	-0,4	-1,3	-1,9
Gesundheitspflege	-0,2	0,3	-0,2	-0,2	-0,3
Verkehr	3,5	-3,3	2,4	1,1	-2,2
Nachrichtenübermittlung	-2,9	-4,9	-1,4	0,1	-0,6
Freizeit und Kultur	0,6	-0,6	-2,1	-3,3	-2,8
Erziehung und Unterricht	1,5	1,6	1,2	1,4	1,7
Restaurants und Hotels	2,3	1,7	0,8	1,5	0,7
Sonstige Waren und Dienstleistungen	0,8	0,5	1,3	0,2	0,1

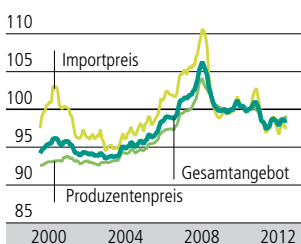
Konsumentenpreise nach Herkunft der Güter

115 Index, Dezember 2010 = 100



Produzenten- und Importpreisindex

115 Index, Dezember 2010 = 100



Preisniveauintizes im internationalen Vergleich 2011

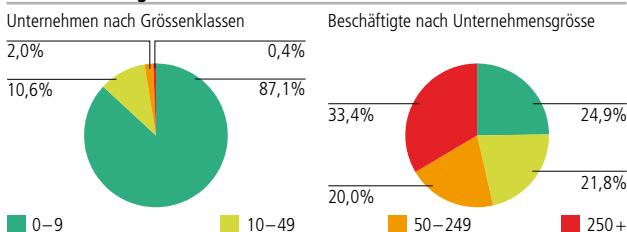
EU-27 = 100

	Schweiz	Deutschland	Frankreich	Italien
Bruttoinlandprodukt	153	105	113	104
Tatsächlicher Individualverbrauch	165	103	111	105
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	153	106	109	112
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	122	90	107	101
Bekleidung und Schuhe	140	104	103	101
Wohnungswesen, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	215	111	121	106
Innenausstattung, Ausrüstungsgegenstände und Haushaltsführung	128	97	110	106
Gesundheitspflege	172	101	115	120
Verkehr	120	105	104	95
Nachrichtenübermittlung	121	82	119	105
Freizeit und Kultur	143	105	106	107
Erziehung und Unterricht	250	104	119	100
Gaststätten und Hotels	157	102	103	107
Sonstige Waren und Dienstleistungen	154	100	111	102
Tatsächlicher Kollektivverbrauch	176	114	124	117
Bruttoanlageinvestitionen	142	113	112	92
Maschinen und Geräte	127	99	100	101
Baugewerbe	172	128	122	86
Software	100	106	97	111

Fortgesetzter Strukturwandel, anhaltende Dominanz der KMU

Der Anteil des Tertiärsektors an der Gesamtbeschäftigung ist zwischen 2001 und 2008 von 68,5% auf 69,6% (nur marktwirtschaftliche Unternehmen) gestiegen. Insgesamt sind rund 280 000 neue Stellen entstanden: 51 000 im sekundären und 229 000 im tertiären Sektor (das entspricht einem Wachstum von 5,0% bzw. 10,4%). Am meisten zugelegt haben das «Gesundheits- und Sozialwesen» (um 89 000 bzw. 29,6%) sowie die «Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technische Dienstleistungen» (um 39 000 bzw. 17,2%); einzelne Wirtschaftszweige haben Beschäftigungseinbussen hinnehmen müssen: am deutlichsten die «Papier- und Druckindustrie» (–9500 bzw. –18,7%) sowie die «Textil-, Bekleidungs- und lederverarbeitende Industrie» (–4800 bzw. –20,8%). Weiterhin ungebrochen ist die Dominanz der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), also solcher mit weniger als 250 Beschäftigten. Die KMU machen 99,6% der marktwirtschaftlichen Unternehmen und zwei Drittel deren Beschäftigten aus (2008).

Unternehmensgrösse¹ 2008



¹ Nur marktwirtschaftliche Unternehmen. Die Grösse der Unternehmen bemisst sich nach der Zahl der Vollzeitäquivalente (Teilzeit- auf Vollzeitstellen umgerechnet).

Marktwirtschaftliche Unternehmen, Beschäftigte nach Branchen

gemäss NOGA 2008, in 1000	2008	
	Unternehmen	Beschäftigte
Total	312,9	3 494,1
Sektor 2	73,1	1 063,2
davon:		
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,2	4,4
Herstellung von Nahrungsmitteln und Tabakerzeugnissen	2,2	66,5
Herstellung von Textilien und Bekleidung	1,6	18,3
Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckerzeugnissen	9,1	80,5
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	0,2	35,2
Herstellung von Metallerzeugnissen	7,5	109,3
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten und Uhren	2,2	115,6
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	0,8	42,1
Energieversorgung	0,4	24,4
Hoch- und Tiefbau	5,3	103,3
Sektor 3	239,8	2 430,8
davon:		
Grosshandel	19,8	202,5
Detailhandel	34,7	369,3
Beherbergung	4,8	76,8
Gastronomie	20,8	149,7
Informationstechnologische und Informationsdienstleistungen	11,2	70,5
Erbringung von Finanzdienstleistungen	1,6	131,3
Architektur- und Ingenieurbüros	18,1	93,7
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	11,2	140,0
Gesundheitswesen	16,7	263,5

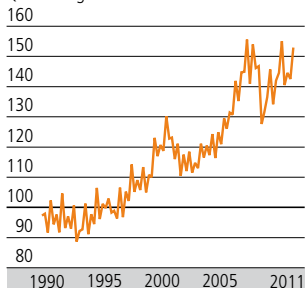
Neugründungen von Unternehmen 2010

Wirtschaftsabteilungen (NOGA 2008)	Neue Unternehmen	Geschaffene Stellen	Geschaffene Vollzeitstellen	Geschaffene Teilzeitstellen
Total	12 596	23 482	15 457	8 025
Sektor 2	2 039	4 332	3 378	954
Industrie und Energie	622	1 379	1 021	358
Baugewerbe	1 417	2 953	2 357	596
Sektor 3	10 557	19 150	12 079	7 071
Handel und Reparaturen	2 396	4 397	2 796	1 601
Verkehr und Lagerei	340	641	480	161
Gastgewerbe, Beherbergung	267	886	467	419
Information und Kommunikation	1 085	1 782	1 308	474
Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	729	1 496	1 131	365
Immobilienwesen, wirtschaftliche Dienstleistungen	1 304	2 471	1 375	1 096
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	2 927	4 668	3 175	1 493
Unterrichtswesen	246	424	178	246
Gesundheits- und Sozialwesen	553	1 171	522	649
Kunst, Unterhaltung und Erholung	262	479	252	227
Sonstige Dienstleistungen	448	735	395	340

Produktion im sekundären Sektor

Index: Jahresdurchschnitt 1995 = 100

Quartalsergebnisse



Insgesamt ist die Produktion im sekundären Sektor (ohne Baugewerbe) zwischen 1990 und 2011 um 50% gewachsen. Die Entwicklung ist stark konjunkturabhängig. So sank die Produktion in den Rezessionsjahren 2002 und 2003 und stieg mit der guten Konjunkturlage ab 2004 wieder an. In Folge der globalen Finanzkrise brach sie Ende 2008 erneut ein. Doch die Lage begann sich 2010 zu verbessern. Im Jahr 2011 erreichte die Schweizer Produktion erneut den Indexstand von 2007.

Detailhandelsumsätze

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

		2007	2008	2009	2010	2011
Total	nominal	3,6	4,6	-0,2	1,9	-1,2
	real	4,2	3,5	0,4	3,2	1,2
davon:						
Nahrungsmittel, Getränke,	nominal	2,9	7,7	1,6	2,3	-0,5
Tabak und Raucherwaren	real	2,1	4,5	1,4	3,1	2,1
Bekleidung, Schuhe	nominal	4,3	0,9	-1,6	2,0	-4,0
	real	4,0	-3,0	-4,1	0,9	-5,6
Treibstoffe	nominal	4,4	9,8	-15,2	2,2	4,7
	real	1,9	2,3	-2,9	-5,7	-1,4
Total ohne Treibstoffe	nominal	3,5	4,3	0,7	1,9	-1,6
	real	4,0	2,9	0,7	2,9	0,6

Arbeitskosten

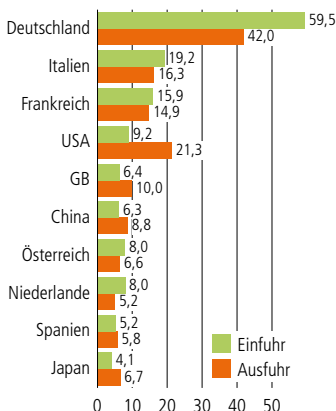
Die Arbeitskosten umfassen die Gesamtheit der von den Arbeitgebern im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften aufgewendeten Kosten und machen in der Regel den grössten Anteil der Produktionskosten aus. 2010 setzen sie sich in der Schweiz wie folgt zusammen: 83,7% entfallen auf Löhne und Gehälter, 15,0% auf Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 1,3% auf Kosten für die berufliche Bildung und die Personalrekrutierung sowie auf sonstige Aufwendungen (Total Sektoren II und III).

Die Arbeitskosten bilden einen Schlüsselindikator zum Vergleich der Attraktivität der einzelnen Wirtschaftsstandorte und variieren stark von Land zu Land.

Eine Betrachtung der Unternehmen mit zehn oder mehr Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft zeigt, dass die Schweiz mit durchschnittlichen Kosten von 41,05 € (56,66 Franken) pro Arbeitsstunde im Jahr 2010 an der Spitze der Rangliste der Arbeitskosten liegt, vor Dänemark (38,44 €), Belgien (37,70 €), Schweden (35,99 €) und Frankreich (33,15 €).

Aussenhandel: die wichtigsten Partner 2011

in Milliarden Franken



Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am Bruttoinlandprodukt. Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz sind 2011 die Industrieländer, mit denen 73% der Warenausfuhren und 86% der Wareneinfuhren getätigt wurden. Von besonderem Gewicht ist dabei die EU (56,9% der Ausfuhr, 78% der Einfuhr).

Aussenhandel: die wichtigsten Güter

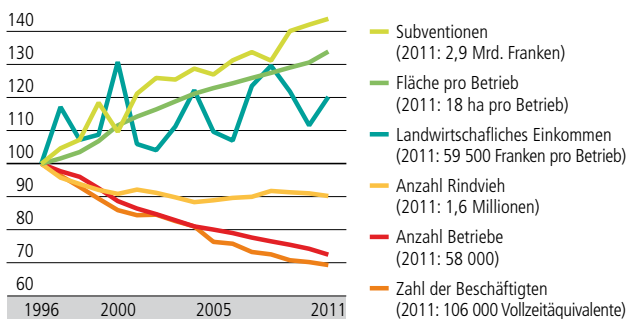
in Millionen Franken

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1990	2010	2011	1990	2010	2011
Total	96 611	183 436	184 540	88 257	203 484	208 203
davon:						
Land- und forstwirtschaftliche Produkte	8 095	13 398	13 319	2 998	8 498	8 439
Textilien, Bekleidung, Schuhe	8 806	8 956	8 880	4 984	3 386	3 249
Chemikalien	10 625	37 787	37 435	18 422	75 909	74 647
Metalle	9 025	14 379	14 715	7 537	12 739	13 034
Maschinen, Elektronik	19 794	31 438	30 680	25 527	36 435	36 889
Fahrzeuge	10 230	16 581	16 838	1 485	4 013	4 672
Instrumente, Uhren	5 786	18 620	18 088	13 330	36 971	41 254

Die landwirtschaftlich genutzten Flächen und die Waldflächen bedecken 37% resp. 31% der Schweizer Landesfläche. Die Landschaft wird also stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt. Zusätzlich zur Produktion von Nahrungsmitteln, Baumaterialien oder erneuerbarer Energie tragen diese beiden Branchen ebenfalls zur Erhaltung der dezentralisierten wirtschaftlichen Tätigkeit, der landschaftlichen Vielfalt und der Biodiversität bei. 2011 trugen diese beiden Branchen zusammen 0,8% zur Bruttowertschöpfung der Schweizer Wirtschaft bei.

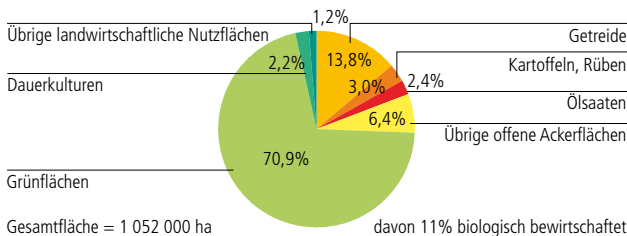
Einige Schlüsselindikatoren der Landwirtschaft

Index 1996=100



Nutzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche 2011

ohne Sömmerungsweiden



Produktionswert¹

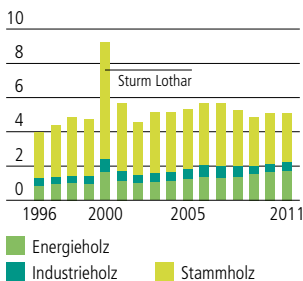
der Landwirtschaft 2011

	in %
Pflanzliche Erzeugung	42,6
Getreide	3,8
Futterpflanzen	9,5
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	14,2
Obst und Weintrauben	5,6
Wein	4,2
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	5,2
Tiere und tierische Erzeugnisse	47,4
Rinder	12,2
Schweine	8,7
Milch	21,2
Sonstige Tiere und tierische Erzeug.	5,2
Landwirtschaftliche Dienstleistungen	6,5
Nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten	3,5

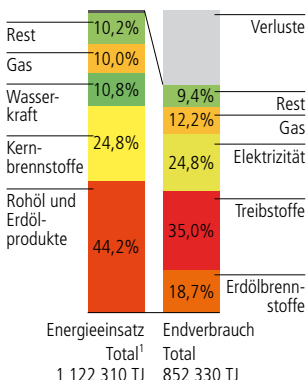
¹ Gesamtwert = 10,2 Milliarden Franken

Holzernte

in Millionen m³



Energieeinsatz und Endverbrauch 2011



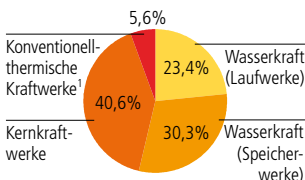
1 Ohne Einfuhrüberschuss an Elektrizität (0,8%)

Wachsender Verbrauch

Der Endenergieverbrauch ist eng gekoppelt an Entwicklungen in Wirtschaft und Bevölkerung. Zunehmende Einwohnerzahlen, grössere Wohnungen, wachsende Produktion, steigender Konsum, schwerere Motorfahrzeuge usw. führen trotz verbesserter Energieeffizienz zu einem Mehrverbrauch an Energie. Die grösste der Verbrauchergruppen ist der Verkehr mit über einem Drittel des Endenergieverbrauchs.

Über zwei Drittel des Endverbrauchs wird mit fossilen Brennstoffen gedeckt. 19,0% stammt aus erneuerbaren Energien, vorwiegend aus Wasserkraft.

Elektrizitätsproduktion 2011 nach Kraftwerkategorie



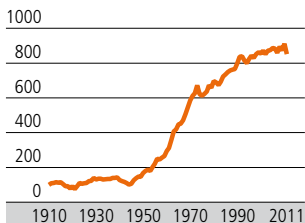
Total: 62,9 Mrd. kWh

1 Inkl. Fernheizkraftwerke und diverse erneuerbare Energien

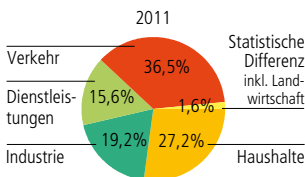
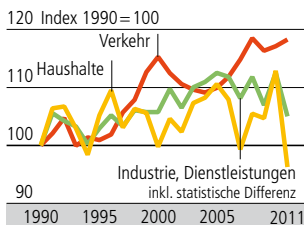
Erneuerbare Energien 2011

Anteil am Endverbrauch	in %
Total	19,00
Wasserkraftnutzung	11,64
Sonnenenergienutzung	0,30
Umweltwärmenutzung	1,22
Biomassenutzung (Holz und Biogas)	4,15
Windenergienutzung	0,03
Nutzung erneuerbarer Anteile aus Abfall	1,33
Energienutzung aus Abwasserreinigungsanlagen	0,22
Nutzung biogener Treibstoffe	0,09

Endenergieverbrauch in 1000 TJ



Endenergieverbrauch nach Verbrauchergruppen



► www.statistik.admin.ch → Themen → Energie

► www.bfe.admin.ch (Bundesamt für Energie) → Themen → Energiestatistiken

Bauausgaben

in Millionen Franken, zu Preisen von 2000

	1980	1990	2000	2010	2011
Total	34 198	47 588	43 708	49 232	50 414
Öffentliche Ausgaben	11 389	14 507	15 983	15 956	16 272
Tiefbau	6 791	7 740	10 060	9 648	9 678
davon Strassen	...	...	5 221	4 738	4 551
Hochbau	4 599	6 767	5 923	6 308	6 594
Übrige Ausgaben	22 809	33 081	27 725	33 276	34 142
davon Wohnen	...	...	17 147	22 991	23 701

Wohnungsbau

	1980	1990	2000	2010	2011
Neu erstellte Gebäude mit Wohnungen	20 806	16 162	16 962	14 736	14 993
davon Einfamilienhäuser	16 963	11 200	13 768	9 387	9 338
Neu erstellte Wohnungen mit...	40 876	39 984	32 214	43 632	47 174
1 Zimmer	2 122	2 010	528	725	775
2 Zimmern	4 598	5 248	1 779	3 913	5 704
3 Zimmern	7 094	8 937	4 630	10 608	12 107
4 Zimmern	11 557	12 487	10 783	15 438	15 987
5 Zimmern oder mehr	15 505	11 302	14 494	12 948	12 601

Wohnungsbestand

	1980	1990	2000	2010	2011
Bestand Ende Jahr	2 702 656	3 140 353	3 574 988	4 079 060 ²	4 131 342
davon leer stehend in %	0,74	0,55 ¹	1,26 ¹	0,94 ¹	0,94 ¹

1 Am 1. Juni des Folgejahres

2 Ab dem Jahr 2009 resultiert der Wohnungsbestand aus der Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS)

Trend zu grösseren Wohnungen ...

Die Zahl der Wohnungen wächst schneller als die der Bevölkerung. Zwischen 1990 und 2000 beträgt die Zunahme der Wohnungen 8%, diejenige der Bevölkerung 6%. Die durchschnittliche Personenzahl pro bewohnte Wohnung sank damit von 2,4 auf 2,3. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Wohnfläche pro Person von 39 m² auf 44 m².

... und zu Einfamilienhäusern

Der Anteil der Einfamilienhäuser am gesamten Gebäudebestand nahm zwischen 1970 und 2011 von 40% auf 58% zu. Von den neu erstellten Gebäuden mit Wohnungen sind 2011 62% Einfamilienhäuser. Dies trotz entgegengesetzter Bemühungen in der Raumplanungspolitik und trotz Verknappung des Baugrundes.

Hochhäuser sind die Ausnahme

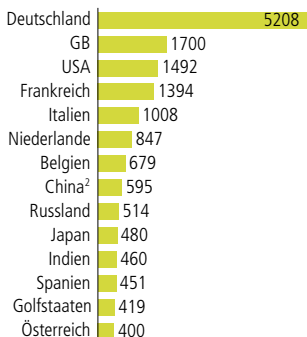
Von allen Mehrfamilienhäusern und Wohngebäuden mit Nebennutzung weisen zwei Drittel (66%) weniger als vier Geschosse auf. Nur 6% der betrachteten Wohngebäude können in der Schweiz als grosse Gebäude bezeichnet werden, die mehr als fünf Geschosse und zugleich mehr als sechs Wohnungen aufweisen. Diese Gebäude sind vor allem in städtischen Gebieten zu finden und befinden sich mehrheitlich (64%) in den fünf grössten Agglomerationen der Schweiz. Wenn als Hochhäuser die Mehrfamilienhäuser bzw. die Wohngebäude mit Nebennutzung mit mehr als neun Geschossen und gleichzeitig mehr als neun Wohnungen definiert werden, beträgt der Anteil der Hochhäuser nur noch 0,4% der betrachteten Wohngebäude. Hochhäuser stellen somit für die Schweiz eine Ausnahme dar. In ländlichen Regionen findet man praktisch keine Hochhäuser.

Wichtige Indikatoren des Tourismus

	2009	2010	2011
Angebot (Betten)¹			
Hotels und Kurbetriebe	273 974	275 193	273 969
Nachfrage: Ankünfte in 1000			
Hotels und Kurbetriebe	15 564	16 203	16 229
Campingplätze	1 050	932	907
Jugendherbergen	476	471	453
Nachfrage: Logiernächte in 1000			
Hotels und Kurbetriebe	35 589	36 208	35 486
Ausländische Gäste in %	57	56	56
Campingplätze	3 654	3 281	3 057
Ausländische Gäste in %	47	47	44
Jugendherbergen	946	939	905
Ausländische Gäste in %	42	42	42
Aufenthaltsdauer Nächte			
Hotels und Kurbetriebe	2,3	2,2	2,2
Campingplätze	3,5	3,5	3,4
Jugendherbergen	2,0	2,0	2,0
Bruttoauslastung der Hotels und Kurbetriebe			
in % der vorhandenen Betten ¹	35,6	36,0	35,5
Fremdenverkehrsbilanz in Millionen Franken			
Einnahmen von ausländischen Gästen in der Schweiz	15 377	15 550	15 577 ^p
Ausgaben von Schweizern im Ausland	11 847	11 644	12 393 ^p
Saldo	3 530	3 907	3 183 ^p

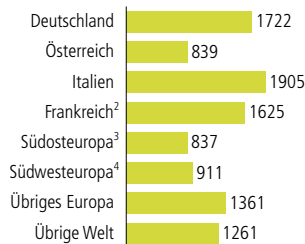
¹ Gesamtzahl der in geöffneten und vorübergehend geschlossenen Betrieben vorhandenen Betten im Jahresdurchschnitt

Logiernächte ausländischer Gäste in der Schweiz¹ 2011



¹ in 1000, ohne Parahotellerie ² ohne Hongkong

Ausländische Reiseziele der Schweizer¹ 2011



¹ Ständige Wohnbevölkerung, Reisen ins Ausland mit Übernachtungen, in 1000; Total: 10,5 Mio.

² Inkl. Übersee-Departemente, Monaco

³ Griechenland, Türkei, Kroatien, Bosnien Herzegowina, Serbien, Albanien, Slowenien, Montenegro,

Kosovo, Rumänien, Bulgarien, Mazedonien

⁴ Spanien, Portugal, Andorra, Gibraltar

Reiseverhalten

85,1% der in der Schweiz lebenden Personen unternahmen im Jahr 2011 mindestens eine private Reise mit Übernachtungen. Im Durchschnitt unternahm jede Person 2,5 Reisen mit Übernachtungen und 9,9 Tagesreisen. Mehr als die Hälfte (60%) der Reisen mit Übernachtungen waren lange Reisen (4 und mehr Übernachtungen). Auslandsreisen machten 64% der Reisen mit Übernachtungen und 13% der Tagesreisen aus.

► www.statistik.admin.ch → Themen → Tourismus

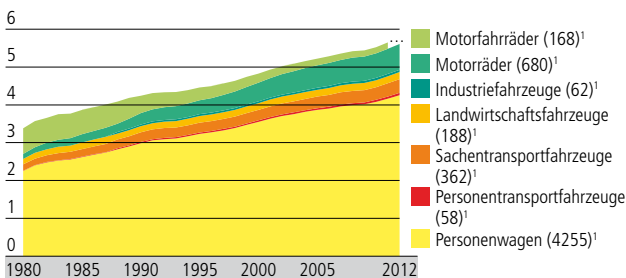
Infrastruktur

Rund ein Drittel der Siedlungsflächen entfällt auf den Verkehr (gemäss Arealstatistik 1992/97).

Im Jahre 2011 betrug die Streckenlänge der Nationalstrassen 1799 km (davon 1415 km Autobahnen), die der Kantonsstrassen 18 027 km und jene der Gemeindestrassen (Stand 1984) 51 638 km. Das Schienennetz erstreckt sich über 5124 km.

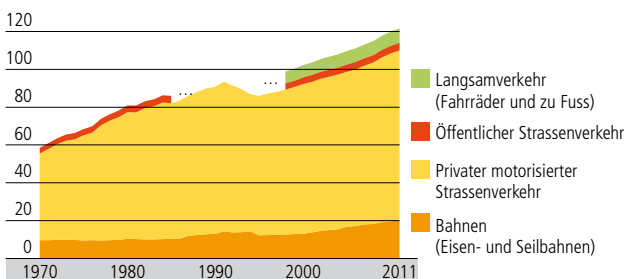
Bestand der Strassenmotorfahrzeuge

in Millionen



Leistungen im Personenverkehr

in Mrd. Personen-km/Jahr



Tagesmobilität 2010

Durchschnitt pro Person und Tag¹

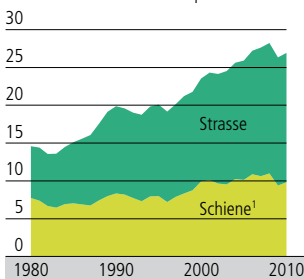
	Tagesdistanz in km	Unter- wegszeit in Min. ²		Tagesdistanz in km	Unter- wegszeit in Min. ²
Total	36,7	83,4	Verkehrsmittel		
Verkehrszweck			Zu Fuss	2,0	31,4
Arbeit und Ausbildung	10,9	20,5	Fahrrad (Velo)	0,8	3,8
Einkauf	4,7	11,8	Motorfahrrad (Mofa)	0,0	0,2
Service- und Begleitung	1,8	3,1	Motorrad	0,5	0,9
Geschäftliche Tätigkeit, Dienstfahrt	2,5	3,9	Auto	23,8	33,2
Freizeit	14,7	40,5	Bus/Tram	1,4	4,8
Andere	2,1	3,6	Postauto	0,1	0,3
			Bahn	7,1	6,4
			Andere	0,9	2,4

¹ Tagesmobilität der ständigen Wohnbevölkerung im Alter von 6 Jahren und mehr in der Schweiz

² Ohne Warte- und Umsteigezeiten

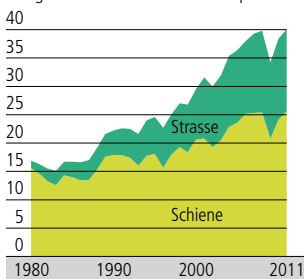
Güterverkehr

Gesamter Verkehr, Verkehrsleistungen in Milliarden Tonnenkilometer pro Jahr

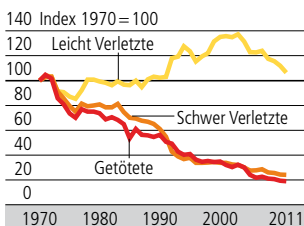


1 Nettotonnenkilometer ohne Gewicht der Sachtransportfahrzeuge (inkl. Anhänger), Container und Wechselbehälter im kombinierten Verkehr

Alpenquerender Verkehr, Verkehrsmengen in Millionen Nettotonnen pro Jahr



Verunfälle im Strassenverkehr



Verunfälle nach Verkehrsträgern 2011

Strassenverkehr	
Getötete Personen	320
Schwerverletzte Personen	4 437
Leichtverletzte Personen	18 805
Eisenbahnverkehr	
getötete Personen	13
Luftverkehr (zivil)	
getötete Personen in der Schweiz	13

Pendlerverkehr

Ungefähr 7 von 10 Personen arbeiteten 2010 ausserhalb ihrer Wohn-gemeinde (1990 waren es noch 5 Personen gewesen). Von diesen sogenannt interkommunalen Pendlern bewegten sich 53% innerhalb der eigenen Agglomeration. 11% wohnten im ländlichen Raum und pendelten für die Arbeit in eine Agglomeration.

Von sämtlichen Kantonen wies 2010 der Kanton Zürich, absolut gesehen, das positivste Pendlersaldo auf: Die Zahl der Zupendler überstieg in seinem Fall jene der Wegpendler um mehr als 82 000 Personen. Wird das Pendlersaldo jedoch in Beziehung gesetzt zur Anzahl der in einem Kanton wohnhaften Erwerbstätigen, so kann Basel-Stadt als typischster «Arbeitskanton» gelten. Eher als «Wohnkantone» können Schwyz, Basel-Landschaft, Nidwalden, Freiburg, Thurgau und Aargau bezeichnet werden.



	Jahr	Schweiz	Deutschland	Griechenland
Einwohner in 1000	2011	7 870	81 752	11 310
Einwohner pro km ²	2010	196	229	86
Anteil Personen unter 20 in %	2011	20,9	18,4	19,4
Anteil Personen über 64 in %	2011	16,9	20,6	19,3
Ausländeranteil (in % der Bevölkerung)	2011	22,4	8,8	8,5
Lebendgeburten, pro 1000 Einwohner	2010	10,3	8,3	10,2
Nichteheliche Geburten in %	2010	18,6	33,3	7,3
Lebenserwartung bei Geburt Frauen in Jahren	2010	84,8	80,5	80,6
Lebenserwartung bei Geburt Männer in Jahren	2010	80,2	78,0	78,4
Gesamtfläche in km ²	2009	41 285	357 113	120 168
Landwirtschaftsfläche in % der Gesamtfläche	2009	36,9	51,7	35,4
Waldfläche in % der Gesamtfläche	2009	30,8	33,9	33,4
Treibhausgasemissionen in CO ₂ -Äquivalenten, (t pro Einwohner)	2010	6,9	11,5	10,5
Erwerbstätigenquote	2011	79,3	72,5	55,6
Erwerbstätigenquote Frauen	2011	73,2	67,7	45,1
Erwerbstätigenquote Männer	2011	85,3	77,3	65,9
Erwerbslosenquote (15+) gemäss ILO	2011	4,0	5,9	17,7
Frauen	2011	4,4	5,6	21,4
Männer	2011	3,7	6,2	15,0
15–24 Jahre	2011	7,7	8,6	44,4
Langzeit (15–74)	2011	36,0	48,0	49,6
Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Einwohner, in Kaufkraftstandards (KKS)	2011	39 300	30 300	20 700
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	2011	0,1	2,5	3,1
Bruttoenergieverbrauch, TRÖE ¹ pro Einwohner	2010	3,5	4,1	2,6
Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch in %	2010	19,4	11,0	9,2
Betten in Hotels und Kurbetrieben pro 1000 Einwohner	2011	34,8	21,4	67,5
Personenwagen pro 1000 Einwohner	2010	518	511	...
Strassenverkehrsunfälle: Getötete pro 1 Mio. Einwohner	2008	42	54	139
Länge des Strassennetzes in km	2009	71 457	...	...
Ausgaben für Soziale Sicherheit in % des BIP	2010	24,2	29,4	28,2
Praktizierende Ärzte pro 100 000 Einwohner	2010	61	157	30
Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP	2010	6,6	9,5	8,2
Säuglingssterblichkeit ²	2010	3,8	3,4	3,8
Jugendliche (18–24) ohne nachobligatorische Ausbildung in %	2011	32,4	38,1	21,2
Personen (25–64) mit höchstem Bildungsabschluss auf Tertiärstufe in %	2011	35,3	27,6	25,4
Ausgaben für die Bildung in % des BIP	2011	5,6	5,1	...
Armutsrisiko in %	2011	7,8	7,7	11,9
Medianes Äquivalenzgesamtnettoeinkommen in Kaufkraftstandards (KKS)	2010	22 894	18 258	11 548
Anteil Wohnkosten am Haushaltseinkommen in %	2011	25,8	28,3	32,3

1 Tonnen Rohöläquivalenten

2 Im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder je 1000 Lebendgeburten

							
Spanien	Frankreich	Italien	Niederlande	Österreich	Schweden	Ver. Königr.	EU-27
46 153	65 048	60 626	16 656	8 404	9 416	62 499	502 575
92	103	201	492	102	23	...	117
19,9	24,6	18,9	23,5	20,6	23,2	23,7	21,2
17,1	16,7	20,3	15,6	17,6	18,5	16,7	17,5
12,3	5,9	7,5	4,0	10,8	6,6	7,2	6,6
10,6	12,9	9,3	11,1	9,4	12,4	13,0	...
35,5	55,0	21,5	44,3	40,1	54,2	46,9	...
82,3	81,9	...	81,0	80,8	81,6	80,7	...
79,1	78,3	...	78,9	77,9	79,6	78,7	...
493 501	548 763	301 392	37 357	83 920	449 159	244 436	...
52,9	54,2	51,4	55,0	38,2	8,1	65,1	...
31,9	31,7	33,2	11,9	47,0	66,0	14,8	...
7,7	8,0	8,3	12,6	10,1	7,0	9,4	9,4
57,7	63,8	56,9	74,9	72,1	74,1	69,5	64,3
52,0	59,7	46,5	69,9	66,5	71,8	64,5	58,5
63,2	68,1	67,5	79,8	77,8	76,3	74,5	70,1
21,7	9,6	8,4	4,4	4,2	7,5	8,0	9,7
22,2	10,2	9,6	4,4	4,3	7,5	7,3	9,8
21,2	9,1	7,6	4,5	4,0	7,6	8,7	9,6
46,4	22,9	29,1	7,6	8,3	22,9	21,1	21,4
41,6	41,4	51,9	33,5	25,9	18,6	33,5	42,9
24 700	27 000	25 300	32 900	32 299	31 800	27 300	25 200
3,1	2,3	2,9	2,5	3,6	1,4	4,5	3,1
2,8	4,1	2,9	5,2	4,1	5,5	3,4	3,5
13,8	12,9	10,1	3,8	30,1	47,9	3,2	12,5
39,8	19,2	37,1	12,8	70,7	23,9	22,6	...
480	...	606	464	528	460	...	...
68	67	79	41	81	43	43	78
151 396	1 030 010	242 383	...	108 510	144 984	416 001	...
25,2	32,0	28,6	30,2	29,5	29,9	27,1	28,2
75	159	...	...	158	...	80	...
7,2	9,2	7,3	10,6	7,4	7,4	8,6	8,3
3,2	3,6	3,4	3,8	3,9	2,5	4,3	...
42,6	21,6	35,5	31,2	27,4	26,1	20,4	30,0
31,6	29,8	14,9	32,1	19,3	35,2	37,0	26,8
5,0	5,9	4,7	5,9	6,0	7,3	5,7	5,4
12,3	7,6	10,7	5,5	5,4	6,9	7,9	8,9
12 894	18 053	15 425	18 877	20 059	18 496	16 856	...
19,8	18,1	17,1	29,1	18,1	21,8	28,5	22,5

Bilanzsummen und Gewinne der Banken 2011

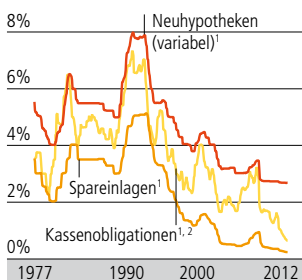
Bankengruppen	Anzahl Institute		Bilanzsumme		Jahresgewinn	Jahresverlust
	1990	2011	in Mio. Fr.	Veränd. ¹	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.
Total	625	312	2 792 935	2,9	13 510	512
Kantonalbanken	29	24	449 385	6,6	2 303	–
Grossbanken	4	2	1 466 696	–1,0	6 717	–
Regionalbanken und Sparkassen	204	66	101 117	5,3	451	–
Raiffeisenbanken	2	1	155 889	5,9	595	–
Übrige Banken	218	174	508 637	2,4	2 941	391
Filialen ausländischer Banken	16	32	56 813	128,1	203	122
Privatbankiers	22	13	54 398	18,8	299	–

1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Bilanzstruktur der Banken 2011

Aktiven	in %
Total	100
davon Ausland	51,0
Flüssige Mittel	9,3
Forderungen aus Geldmarktpapieren	2,8
Forderungen gegenüber Banken	21,5
Forderungen gegenüber Kunden	18,4
Hypothekarforderungen	29,0
Handelsbestände in Wertschriften	6,4
Finanzanlagen	4,4
Beteiligungen	2,3
Sachanlagen	0,8
Übrige	5,0
Passiven	
Total	100
davon Ausland	53,3
Verpflichtungen aus Geldmarktpapieren	4,1
Verpflichtungen gegenüber Banken	17,2
Verpflichtungen gegenüber Kunden	66,4
in Spar- und Anlageform	17,5
Übrige Verpflichtungen auf Sicht	22,9
Übrige Verpflichtungen auf Zeit	12,1
Kassenobligationen	1,2
Anleihen und Pfandbriefdarlehen	12,7
Eigene Mittel	5,5
Übrige	6,8

Zinssätze



Devisenkurse in der Schweiz¹

	2007	2009	2011
\$ 1	1,200	1,085	0,887
¥ 100	1,019	1,161	1,113
€ 1	1,643	1,510	1,234
£ 1	2,401	1,696	1,421

1 Ankaufskurs der Banken, Jahresmittel

Privatversicherungen 2011

in Millionen Franken

Versicherungszweig	Einnahmen ¹	Ausgaben ¹
Total	103 408	80 395
Leben	32 686	29 241
Unfall und Schaden	45 370	28 901
Rückversicherungseinrichtungen	25 352	22 253

1 Im In- und Ausland

► www.statistik.admin.ch → Themen → Banken, Versicherungen

► www.snb.ch (Schweizerische Nationalbank)

► www.finma.ch (Eidgenössische Finanzmarktaufsicht) → Privatversicherungen

Die drei Ebenen des Systems der Sozialen Sicherheit

Das System der Sozialen Sicherheit der Schweiz lässt sich dreistufig darstellen:

- Zur ersten Stufe gehört neben der individuellen Sicherung des Lebensunterhalts die Grundversorgung. Sie ist allen zugänglich und umfasst das Bildungs- und Rechtssystem sowie die öffentliche Sicherheit.
- Die zweite Stufe umfasst alle Sozialversicherungen und soll Risiken im Zusammenhang mit Alter, Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Mutterschaft vorbeugen.
- Die dritte Stufe schliesslich umfasst alle Bedarfsleistungen. Diese sind das letzte Glied im System der Sozialen Sicherheit. Sie werden erst dann eingesetzt, wenn andere Leistungen z.B. der Sozialversicherungen nicht verfügbar oder ausgeschöpft sind. Ausserdem setzen sie eine Bedarfssituation der Bezügerinnen und Bezüger voraus: Sie werden nur an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen entrichtet..

Der Sozialhilfe vorgelagert, auf Stufe 3 gibt es eine Reihe von weiteren Bedarfsleistungen, welche die Abhängigkeit von der Sozialhilfe vermeiden soll. Diese lassen sich unterteilen in Leistungen, welche die Sicherstellung der Grundversorgung garantieren (z.B. Stipendien oder unentgeltliche Rechtshilfe) und in Leistungen zur Ergänzung ungenügender oder erschöpfter Sozialversicherungsleistungen bzw. mangelnder privater Sicherung.

Gesamtausgaben für die Soziale Sicherheit

2010 betrugen die Gesamtausgaben der Sozialen Sicherheit 153 Milliarden Franken. Davon entfielen 139 Milliarden auf die eigentlichen Sozialleistungen. Diese gehen zu rund vier Fünfteln auf das Konto der Sozialversicherungen (also der zweiten Stufe des Systems der sozialen Sicherheit).

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen

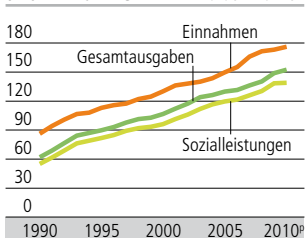
in Milliarden Franken, ohne Doppelzählungen

	1990	1995	2000	2009	2010 ^P
Gesamtausgaben	61,8	89,7	106,5	148,9	152,7
davon Sozialleistungen	55,0	81,7	96,3	138,3	138,9
Einnahmen	86,1	113,0	130,2	173,2	176,3
Sozialausgabenquote ¹	19,1	23,4	24,6	26,9	26,6

¹ Gesamtausgaben im Verhältnis zum BIP

Soziale Sicherheit: Ausgaben und Einnahmen

in Milliarden Franken



Sozialleistungen nach Funktionen 2010^P

	in %
Alter	44,3
Krankheit, Gesundheitspflege	27,3
Invalidität	11,1
Überleben Hinterbliebener	4,5
Familie, Kinder	5,2
Arbeitslosigkeit	4,3
Soziale Ausgrenzung	2,8
Wohnen	0,5

Ausgaben wofür?

Die Verteilung der Sozialleistungen auf die einzelnen Risiken und Bedürfnisse (Funktionen der Sozialleistungen) ist ausgesprochen ungleich: Über vier Fünftel der Sozialleistungen entfallen auf Alter, Krankheit und Invalidität.

Sozialversicherungen: Bezüger 2011

in 1000

AHV: Altersrenten	2031,3	BV ² : Invalidenrenten	133,2
AHV: Zusatzrenten	63,1	BV ² : Übrige Renten	69,8
AHV: Hinterlassenenrenten	162,4	IV: Invalidenrente	275,8
EL zur AV ¹	175,7	IV: Zusatzrenten	92,0
EL zur HV ¹	3,4	EL zur IV	108,5
BV ² : Altersrenten	599,9	UV ³ : Hinterlassenenrenten	22,2
BV ² : Witwen- und Witwerrenten	177,3	UV ³ : Invalidenrenten	85,1
		ALV ⁴	288,5

1 Ergänzungsleistungen Altersversicherung/Hinterlassenenversicherung

2 Berufliche Vorsorge (Zahlen 2010)

3 Unfallversicherung

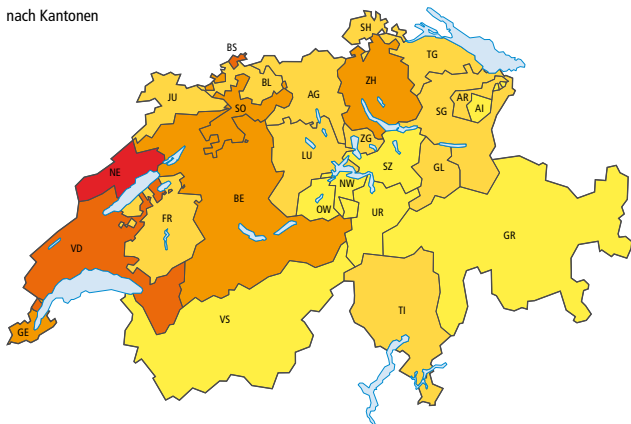
4 Arbeitslosenversicherung

Krankenversicherung

Zwischen 2001 und 2011 sind die durchschnittlichen kantonalen Jahresprämien für die obligatorische Krankenversicherung pro versicherte Person von 1917 auf 3005 Franken gestiegen. 2011 betrug die Jahresprämie für Erwachsene 3563 Franken pro Jahr, für junge Erwachsene 2952 Franken und für Kinder 918 Franken. Zwischen den Kantonen gibt es diesbezüglich jedoch grosse Unterschiede. Im Kanton Basel-Stadt belief sich die Prämie 2011 durchschnittlich auf 4213 Franken und im Kanton Appenzell-Innerroden auf 2101 Franken.

Sozialhilfequote 2011

nach Kantonen



Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen an der Wohnbevölkerung, in %

< 1,5

1,5 – 2,9

3,0 – 4,4

4,5 – 5,9

≥ 6,0

CH: 3,0

Steigende Ausgaben

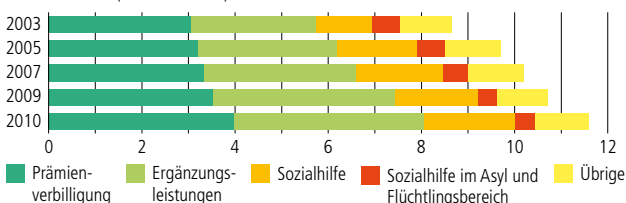
2010 wurden in der Schweiz netto 11,6 Mrd. Fr. für bedarfsabhängige Sozialleistungen ausgegeben, rund 878 Mio. Fr. mehr als im Vorjahr (+8,2%). Jeweils rund ein Drittel dieser Ausgaben entfällt auf die Ergänzungsleistungen zu AHV/IV (4,1 Mrd. Fr.) und auf die Krankenkassenprämienverbilligung (4,0 Mrd. Fr.). An dritter Stelle folgt die Sozialhilfe im engeren Sinn mit Nettoausgaben von 1,9 Mrd. Fr. Damit kam es zu einem Anstieg der Sozialhilfeausgaben gegenüber dem Vorjahr um nominal 10,0%.

Die Ausgaben pro Sozialhilfeempfänger/-in stiegen von 7698 Fr. im Jahr 2009 um 9,5% auf 8427 Fr. im Jahr 2010 an.

Hauptträger der bedarfsabhängigen Sozialleistungen sind die Kantone. Sie übernahmen 2010 44,6% der Nettoausgaben, 31,6% gingen zu Lasten des Bundes (v. a. für Prämienverbilligung, EL und Sozialhilfe im Asyl- und Flüchtlingsbereich), und 23,5% beglichen die Gemeinden.

Nettoausgaben für bedarfsabhängige Sozialleistungen

In Mrd. Franken (laufende Preise)



Sozialhilfe

236 133 Personen, 3,0% der Gesamtbevölkerung, mussten 2011 mit Sozialhilfeleistungen unterstützt werden. Es bestehen beträchtliche regionale Unterschiede: Die höchsten Quoten weisen mittelgrosse und grosse Städte mit ausgeprägtem Zentrumscharakter auf. In diesen Städten sind Personengruppen, welche in höherem Ausmass auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, überproportional vertreten. Dazu zählen z.B. Alleinerziehende, Ausländer/innen und Arbeitslose.

Das Sozialhilferisiko unterscheidet sich stark nach dem Alter, der Familienstruktur und der Nationalität der Personen.

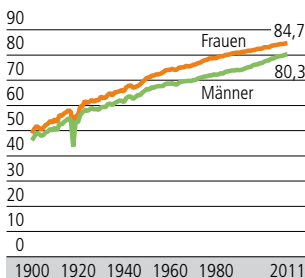
Am höchsten ist die Sozialhilfequote bei Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren. Generell nimmt die Quote mit zunehmendem Alter ab. Besonders häufig beziehen Alleinerziehende Sozialhilfeleistungen. In der Schweiz bezieht fast jeder sechste Haushalt mit einem alleinerziehenden Elternteil Sozialhilfeleistungen.

Sozialhilfequote 2011

in %

Total	3,0
Altersklassen	
0–17 Jahre	4,9
18–25 Jahre	3,7
26–35 Jahre	3,6
36–45 Jahre	3,3
46–55 Jahre	3,0
56–64 Jahre	2,2
65–79 Jahre	0,2
80 Jahre und mehr	0,3
Personen mit Schweizer Staatsangehörigkeit	2,1
Männer	2,2
Frauen	2,0
Personen ausländischer Staatsangehörigkeit	6,0
Männer	5,7
Frauen	6,3

Lebenserwartung



Die Lebenserwartung ist im letzten Jahrhundert ausserordentlich gestiegen. Verantwortlich dafür war vor allem der Rückgang der Sterblichkeit von Säuglingen und Kleinkindern. Auch in den letzten Jahren ist die Lebenserwartung immer noch gestiegen: bei den Frauen hat sie seit 1991 um 3,5 Jahre, bei den Männern um 6,2 Jahre zugenommen (2011). Diese sterben häufiger frühzeitig (vor dem 70. Lebensjahr) – vor allem infolge von ischämischen Herzkrankheiten, Unfällen und Gewalteinwirkungen sowie Lungenkrebs.

Gesundheitszustand

88% der Männer und 85% der Frauen bezeichnen 2007 ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut und nur 3% der Männer und Frauen als schlecht oder sehr schlecht. Nicht selten scheinen allerdings vorübergehende körperliche oder seelische Probleme Beruf und Alltag zu beeinträchtigen. Pro Jahr sind wir im Durchschnitt während 9 Tagen infolge von Krankheiten oder Unfällen arbeitsunfähig.

Infektionskrankheiten¹ 2011

Akute gastrointestinale Infektionen	9 199
Meningitis	74
Hepatitis B	72
Tuberkulose	580
AIDS	118

¹ Neuerkrankungen

Unfälle 2011

	Männer	Frauen
Berufsunfälle	208 596	63 349
Nicht-Berufsunfälle	311 913	197 877

Behinderte¹ 2011

Invaliditätsgrad	Männer	Frauen
40 – 49%	5 904	6 797
50 – 59%	18 772	18 967
60 – 69%	8 603	7 452
70 – 100%	94 360	77 478

¹ Bezüger von IV-Renten

Todesursachen 2010

	Sterbefälle		Sterbeziffer ¹	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Alle Todesursachen	30 283	32 366	577,0	376,0
davon:				
Infektiöse Krankheiten	360	354	7,0	4,3
Krebskrankheiten insgesamt	9 054	7 223	176,0	111,0
Kreislaufsystem	9 924	12 035	181,0	116,0
Ischämische Herzkrankheiten	4 351	3 963	80,4	38,4
Hirngefässkrankheiten	1 589	2 250	28,3	22,4
Atmungsorgane insgesamt	2 007	1 719	36,0	18,6
Unfälle und Gewalteinwirkung	2 112	1 454	45,6	20,4
Unfälle insgesamt	1 303	1 110	27,2	13,1
Suizid	723	281	16,5	6,2

¹ Rate pro 100 000 Einwohner (altersstandardisiert)

Säuglingssterblichkeit

	1970	1980	1990	2000	2010	2011
pro 1000 Lebendgeburten	15,1	9,1	6,8	4,9	3,8	3,8

Konsum von Alkohol, Tabak und illegalen Drogen 2007

Illegale Drogen werden vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen genommen – in der Mehrzahl nur wenige Male oder gelegentlich. Im Jahre 2007 konsumierten rund 7% der 15- bis 39-Jährigen Cannabis; 1992 waren es erst 4%. Ungleich gravierender ist aus volksgesundheitlicher Sicht der Konsum von Tabak und Alkohol. Insgesamt rauchen rund 28% der Bevölkerung, 24% der Frauen und 32% der Männer. Die Anteile sind gegenüber 1992 leicht gesunken, am ausgeprägtesten bei den 35- bis 44-Jährigen und da insbesondere bei den Männern (35- bis 44-jährige Männer: von 41% auf 32%; Frauen: von 31% auf 27%). Beim Alkohol ist der Anteil der täglichen Konsumenten auf 14% zurückgegangen (1992: 21%).

Leistungen 2007

	in % ¹	
	Männer	Frauen
Arztbesuch	73,4	86,2
Spitalaufenthalt	10,7	12,2
Spitex-Leistungen	1,4	3,6

1 Bevölkerung ab 15 Jahren

Ärzte und Zahnärzte

	je 100 000 Einwohner	
	1990	2011
Ärzte mit Praxistätigkeit ¹	153	204
Zahnärzte	48	52

1 Ab 2008, Ärzte mit Haupttätigkeit im ambulanten Sektor

Hospitalisierungsrate in den Akutspitälern 2011

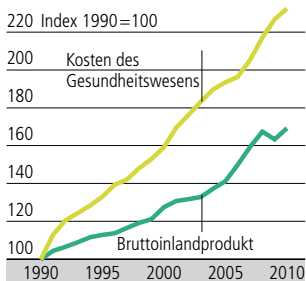
	in % ¹		
	Total	Männer	Frauen
15–59-jährig	10,8	9,1	12,7
60–79-jährig	26,1	28,8	23,8
80+ -jährig	47,8	54,1	44,3

1 der betreffenden Bevölkerungsgruppe

Sozialmedizinische Institutionen

	in 1000	
	2006	2011
Anzahl Klienten: Total	176,9	190,3
davon:		
Klienten ≥ 80 Jahre	98,4	106,3
Männer	24,9	27,2
Frauen	73,5	79,0

Gesundheitskosten



2010 sind 10,9% des Bruttoinlandprodukts für das Gesundheitswesen verwendet worden; 1990 waren es erst 7,9%. Ein wesentlicher Grund für diesen

Anstieg ist die Entwicklung des Angebots: so z.B. die erweiterten Leistungen, die wachsende Spezialisierung und Technisierung und der höhere Komfort. Eine geringere Rolle spielt dagegen das Altern der Bevölkerung.

	in Millionen Franken	
	2000	2010
Total	42 843	62 495
Stationäre Behandlung	19 787	28 364
Ambulante Behandlung	12 926	20 335
davon:		
Ärzte	6 183	8 901
Zahnärzte	2 845	3 790
Spitex	889	1 585
Andere Leistungen ¹	1 430	2 042
Gesundheitsgüter ²	5 475	7 304
davon:		
Apotheken	3 298	4 207
Ärzte	1 345	1 848
Prävention	1 014	1 471
Verwaltung	2 210	2 979

1 Wie Laboruntersuchungen, Radiologie, Transporte
2 Arzneimittel und therapeutische Apparate

Entwicklung zu einem Bildungsraum Schweiz

Das Bildungssystem der Schweiz ist gekennzeichnet durch einen ausgeprägten Föderalismus. Die Vielfalt der verschiedenen Bildungssysteme zeigt sich vor allem in der obligatorischen Schule: je nach Kanton gibt es beispielsweise auf Sekundarstufe I zwei, drei oder vier nach Leistungsanforderungen unterschiedene Schultypen; auch schwankt die gesamte Unterrichtszeit während der neun obligatorischen Jahre zwischen 7100 und 8900 Stunden pro Schüler.

Das schweizerische Bildungswesen wandelt sich. Neben der Umsetzung des HarmoS-Konkordats (Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule) in einigen Kantonen haben die Kantone in den letzten Jahren ihre Bildungssysteme auch über die obligatorische Schule hinaus reformiert: nationale Strukturen wurden ausgebaut (die Berufsmaturität und die Fachhochschulen eingeführt sowie die Bologna-Reform umgesetzt). Die Nachfrage nach Bildung ist gestiegen und die allgemeinbildenden Schulen haben an Bedeutung gewonnen.

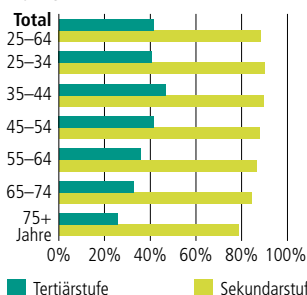
Schüler und Studierende

Schulstufe	Anzahl in 1000			Anteil Frauen, in %		
	1990/91	2000/01	2010/11	1990/91	2000/01	2010/11
Total	1 291,8	1 441,9	1 528,6	46	48	49
Vorschule	139,8	156,4	148,6	49	49	49
Obligatorische Schule	711,9	807,3	905,9	49	49	49
Primarstufe	404,2	473,7	432,0	49	49	49
Sekundarstufe I	271,6	285,0	288,9	49	50	45
Besonderer Lehrplan	36,2	48,6	37,3	38	38	52
Sekundarstufe II	295,8	307,1	351,3	45	48	37
Tertiärstufe	137,5	162,9	258,6	35	42	48
Universitäre Hochschulen	85,9	121,8	131,5	39	41	55
Fachhochschulen	...	12,9	75,0	...	41	55
Höhere Berufsbildung	36,2	41,1	52,1	33	43	59
Stufe unbestimmt	6,7	–	12,7	51	–	–

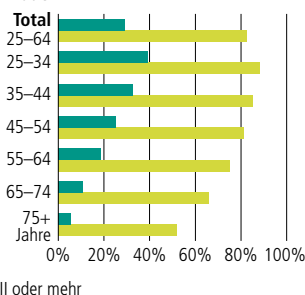
Bildungsstand 2011

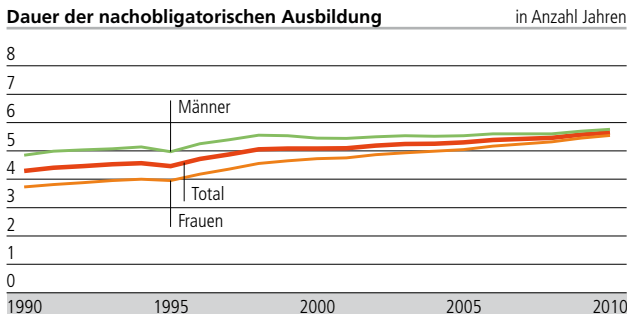
Anteil an der Wohnbevölkerung

Männer



Frauen





Bildungsbeteiligung steigt

Die Bildungsbeteiligung auf der Sekundarstufe II und vor allem auf der Tertiärstufe ist in den letzten dreissig Jahren deutlich gestiegen. Dies betrifft insbesondere auch Ausbildungen, die den Hochschulzugang ermöglichen. So hat die Zahl der berufs- und allgemeinen Maturitäten seit 2000 um fast die Hälfte zugenommen. Auch an den Hochschulen hat sich die Zahl der Abschlüsse zwischen 2000 und 2011 verdreifacht. Dies nicht zuletzt durch die Gründung der Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen.

Entsprechend dieser Entwicklung wird erwartet, dass sich das Bildungsniveau der Bevölkerung der Schweiz in den kommenden Jahren deutlich erhöhen wird. Der Anteil der Personen mit Tertiärabschluss in der Bevölkerungsgruppe der 25- bis 64-Jährigen dürfte von 35% im Jahr 2009 bis 2025 auf ein Niveau von 50% steigen.

Geschlechterunterschiede abgebaut

Von der Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte haben vor allem die Frauen profitiert. Heute beginnen praktisch gleich viele Frauen wie Männer eine nachobligatorische Ausbildung und schliessen sie auch ab. Weiterhin sind aber Männer länger in Ausbildung als Frauen und ist ihre Eintrittsquote in die Tertiärstufe höher. Umgekehrt sind Mädchen in der obligatorischen Schule erfolgreicher: sie repetieren seltener eine Klasse, werden seltener in eine Sonderklasse versetzt, und auf der Sekundarstufe I besuchen sie häufiger anforderungsreiche Schultypen. Besonders deutliche Unterschiede bestehen nach wie vor bei der Wahl der Fachrichtung, und dies sowohl in der Berufsbildung als auch an den Hochschulen. Verschiedene Zweige werden entweder von Frauen oder von Männern beherrscht, was nicht zuletzt auf Muster alter Rollenverteilungen zurückzuführen ist. In der Berufsbildung überwiegen in Industrie und Handwerk die Männer, im Verkauf sowie in der Gesundheits- und Körperpflege die Frauen. An den Hochschulen zieht es die Männer eher in die Bereiche Technik, Naturwissenschaften und Wirtschaft, Frauen eher in die Geisteswissenschaften, ins Soziale und Gestalterische.

Ausgewählte Bildungsabschlüsse 2011

Schulstufe	Total	Frauen in %
Sekundarstufe II		
Gymn. Maturitätszeugnisse	18 976	57,1
Berufsmaturitätszeugnisse	12 947	46,6
Abschlüsse berufliche Grundbildung BBG ¹	64 305	45,4
Handelsmittelschuldiplome	3 215	51,0
Tertiärstufe		
Höhere Berufsbildung		
Höhere Fachschuldiplome	7 145	45,5
Eidg. Diplome	2 969	23,8
Eidg. Fachausweise	13 141	37,3
Fachhochschulen		
Diplome	1 051	50,8
Bachelorabschlüsse	12 436	54,7
Masterabschlüsse	2 699	54,3
Universitäre Hochschulen		
Lizentiate/Diplome	2 207	61,3
Bachelorabschlüsse	12 519	52,4
Masterabschlüsse	9 478	50,3
Doktorate	3 488	43,2

1 Inkl. Eidg. Berufsatteste

Schulpersonal 2010/11 Hochschulpersonal 2011

	Vollzeit- äquivalente	Frauen in %
Vorschule	8 186	96,1
Obligatorische Schule ¹	57 560	71,9
Primarstufe	27 334	81,1
Sekundarstufe I	22 040	53,0
Sekundarstufe II ²	16 981	40,3
Universitäre Hochschulen	37 430	42,6
Professor/innen	3 374	17,6
übrige Dozierende	3 107	25,9
Assistierende ³	18 562	41,6
Fachhochschulen	14 197	43,6
Professor/innen	4 476	32,6
übrige Dozierende	2 519	41,9
Assistierende ³	3 020	41,6

1 Ohne Schulen mit besonderem Lehrplan. Doppelzählungen möglich.

2 Allgemeinbildende und Berufsschulen

3 Inkl. wissenschaftliche Mitarbeitende

Öffentliche Bildungsausgaben 2010

	in Milliarden Franken
Total	30,0
davon Besoldungen Lehrkräfte	15,6
Vorschule	1,1
Obligatorische Schule	12,8
Sonderschulen	1,8
Tagesbetreuung	0,2
Berufliche Grundbildung	3,6
Allgemeinbildende Schulen	2,4
Höhere Berufsbildung	0,2
Hochschulen, Fachhochschulen	7,4
Nicht aufteilbare Aufgaben	0,5

Weiterbildung

Man kann zwei Formen der Weiterbildung unterscheiden: nicht-formale Bildung (wie Besuch von Kursen, Seminaren, Privatunterricht, Tagungen oder Konferenzen) und informelles Lernen (Lektüre von Fachliteratur, Lernen von CD-ROM oder von Familienangehörigen usw.). Die Mehrheit der Bevölkerung in der Schweiz (fast 80% der ständigen Wohnbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren) hat 2011 an mindestens einer Weiterbildungsaktivität teilgenommen. Dabei steht die Integration auf dem Arbeitsmarkt sowie das Bildungsniveau in einem positiven Zusammenhang mit der Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen.

Ein forschungsaktives Land

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (F+E) in einer Volkswirtschaft ist ein wichtiger Standortfaktor. Die Schweiz gehört mit einem F+E-Anteil von 2,87% des Bruttoinlandsprodukts (2008) zu den forschungsaktivsten Staaten. 2008 wurden für F+E im Inland rund 16,3 Milliarden Franken aufgewendet. Davon entfallen 73% auf die Privatwirtschaft und weitere 24% auf die Hochschulen; die restlichen 3% verteilen sich auf Bund und diverse private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die F+E-Aktivitäten der Schweizer Firmen im Ausland sind traditionell sehr ausgeprägt. Entsprechende Aufwendungen der Privatwirtschaft im Ausland betrugen 2008 rund 15,8 Milliarden Franken und sind im Vergleich zu 12 Milliarden Franken im Inland leicht höher.

► www.statistik.admin.ch →
Themen →
Bildung und Wissenschaft

Presselandschaft im Umbruch
Seit der Jahrtausendwende hat sich der Schweizer Tageszeitungsmarkt grundlegend verändert. In der Deutschschweiz ist die gratis verteilte Pendlerzeitung «20 Minuten» mit knapp 1,4 Mio. Leserinnen und Lesern pro Ausgabe zur grössten Tageszeitung geworden. Auch in der französischsprachigen Schweiz hat sich «20 Minutes» mit 507 000 Leserinnen und Lesern zum meistgelesenen Titel entwickelt. In der italienischsprachigen Schweiz steht mit dem «Corriere del Ticino» noch eine Kaufzeitung an der Spitze der Tageszeitungen (122 000 Leser). Die im September 2011 lancierte Gratiszeitung «20 Minuti» verfügt allerdings über 70 000 Leserinnen und Leser¹.

¹ Daten: WEMF MACH Basic (2012/II; Bevölkerung ab 14 Jahren, Leser pro Ausgabe).

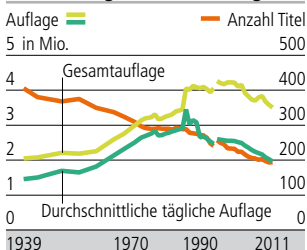
Internet und Mobilfunk

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts ging der Aufschwung des Mobilfunks jenem des Internets voraus, bevor die Verlagerung zum mobilen Internet einsetzte. Die Zahl der Mobilfunkanschlüsse stieg von 0,1 Millionen im Jahr 1990 auf 10 Millionen Ende 2011, was 130 Anschlüssen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohner entspricht. Während die Zahl der regelmässigen Internetnutzerinnen und -nutzer (mehrmals pro Woche) von 14 Jahren und mehr 1998 noch 0,7 Millionen betrug, waren es 2012 bereits 5 Millionen. Die Konvergenz zeigt sich in der Anzahl der Mobilfunkteilnehmerinnen und -teilnehmer, die über Breitband (3G+) auf das Internet zugreifen: Im Jahr 2011 belief sich diese auf 4 Millionen.

Die zehn grössten Bibliotheken

Die Zahl der über Bibliotheken zugänglichen Dokumente ist sehr hoch: Im Jahr 2011 besaßen die zehn Bibliotheken mit dem grössten Angebot einen Bestand von mehr als 55 Millionen Exemplaren. Dieser Bestand ist im Verlauf des Jahres im Mittel um 0,9% gewachsen.

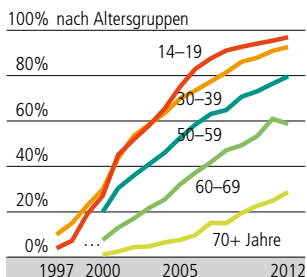
Entwicklung der Kaufzeitungen



Quelle: Verband Schweizer Presse / WEMF Auflagenstatistik. Berücksichtigt sind Titel von allgemeinem Interesse mit mindestens wöchentlicher Erscheinungsweise

Internetnutzung

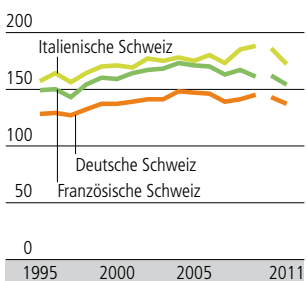
Anteil der regelmässigen Nutzer¹



¹ Benutzen das Internet mehrmals wöchentlich
Quelle: Net-Matrix-Base, BFS

Fernsehnutzung

in Minuten pro Tag und Einwohner



Quelle: Mediapulse AG Telecontrol (Basis: Bevölkerung ab 3 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Radionutzung

in Minuten pro Tag und Einwohner

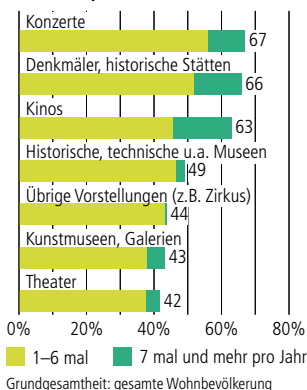
	2009	2010	2011
Deutsche Schweiz	119	117	113
Französische Schweiz	106	103	98
Italienische Schweiz	108	106	106

Quelle: Mediapulse AG Radiocontrol (Basis: Bevölkerung ab 15 Jahren, Mittelwert pro Tag (Mo–So))

Kulturverhalten

Der Besuch von Konzerten, Denkmälern und Kinos gehört zu den beliebtesten kulturellen Aktivitäten (2008). In der Musik sind Pop und Rock die Lieblingsstile der Bevölkerung, gefolgt von klassischer Musik. Daneben wird privat viel Musik gehört, am häufigsten via Radio aber auch via Fernsehen. Die jungen Hörer setzen vermehrt MP3-Player ein. Junge Leute sowie Personen mit hohem Ausbildungsniveau und solche mit gutem Einkommen nutzen das kulturelle Angebot am häufigsten. Kulturelle Aktivitäten werden eher in der Stadt und in der Agglomeration ausgeübt als auf dem Land.

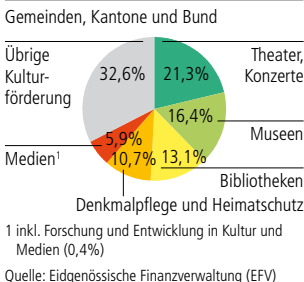
Teilnahmequoten 2008



Kulturfinanzierung durch die öffentliche Hand

Im Jahr 2010 gingen ein Fünftel der gesamten öffentlichen Kulturfinanzierungsbeiträge des Bundes, der Kantone und der Gemeinden (545 Mio. Franken) an den Bereich «Konzert und Theater». Für den Bereich «Museen und bildende Kunst» wurden 421 Mio. Franken eingesetzt. Dahinter folgten die Bereiche «Bibliotheken», «Denkmalpflege und Heimatschutz» sowie «Medien» mit Beiträgen über 336, 275 und 140 Mio. Franken.

Verwendung der öffentlichen Ausgaben nach Kulturbereich 2010



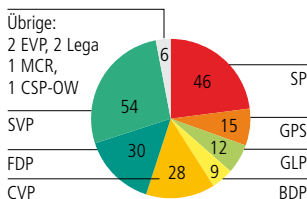
Kino: Angebotsvielfalt

Seit dem Höhepunkt 1963 und 1964 (646 Kinos, rund 40 Mio. Eintritte) hat die Zahl der Kinosäle und der Zuschauerinnen und Zuschauer bis Anfang der 1990er Jahre kontinuierlich abgenommen. Ein Tiefstand wurde 1992 mit 302 Kinos (382 Sälen) und 15 Mio. Eintritten erreicht. Mit dem Entstehen von Kinokomplexen und Multiplexkinos hat sich die Zahl der Kinosäle seit 1993 wieder erhöht, nicht aber diejenige der Zuschauer (2011: 547 Säle und 14,9 Mio. Eintritte). Auch das Filmangebot hat sich stark verändert. Ende der 1980er Jahre wurden in der Schweiz jährlich gegen 2000 Filme vorgeführt, heute bewegt sich diese Zahl um 1500. Demgegenüber ist seit 1995 die Anzahl der Erstaufführungen kontinuierlich gestiegen (von 273 auf rund 400 pro Jahr).

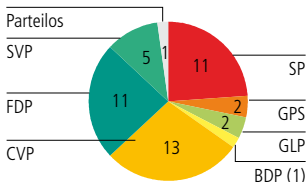
Das politische System

Die Schweiz ist seit 1848 ein Bundesstaat und besteht aus 26 Kantonen. Die Regierung (Bundesrat) ist eine Kollegialbehörde mit 7 Mitgliedern (ab 2009: 2 FDP, 2 SP, 1 CVP, 1 SVP, 1 BDP). Ihre Wahl erfolgt durch das Parlament. Dieses besteht aus zwei Kammern: dem Nationalrat (Volksvertretung, 200 Sitze) und dem Ständerat (Kantonsvertretung, 46 Sitze). Ausserdem prägen weit gehende Volksrechte (Initiativ- und Referendumsrecht) und Volksabstimmungen das politische System der Schweiz.

Nationalrat 2011: Mandate



Ständerat 2011: Mandate



Nationalratswahlen 2011

	Parteistärke in %	Mandate	Frauen	Männer	Frauenanteil in %
FDP	15,1	30	7	23	23,3
CVP	12,3	28	9	19	32,1
SP	18,7	46	21	25	45,7
SVP	26,6	54	6	48	11,1
GLP	5,4	12	4	8	33,3
BDP	5,4	9	2	7	22,2
GPS	8,4	15	6	9	40,0
Kleine Rechtsparteien ¹	2,7	3	1	2	33,3
Übrige ²	5,4	3	2	1	66,6

¹ SD, EDU, Lega (2 Mandate, 1 Frau), MCR (1 Mandat)

² 2 EVP (2 Mandate, 2 Frauen), CSP, PdA, Sol., Splittergruppen (CSP-OW 1 Mandat)

Abkürzungen siehe unten

Nationalratswahlen 2011

Bei den Nationalratswahlen 2011 hat die Entwicklung des Parteiensystems der letzten Jahrzehnte eine Änderung erfahren. Zwar hielt der Prozess, wonach die traditionellen bürgerlichen Parteien FDP und CVP an Parteistärke verlieren, weiter an. Von diesen Verlusten profitierten erstmals seit langem nicht mehr die SVP, sondern die jungen Parteien GLP und BDP.

Diese Parteien waren die klaren und einzigen Gewinnerinnen der Nationalratswahlen 2011. Fast alle anderen Parteien gehörten dagegen mehr oder weniger ausgeprägt zu den Verliererinnen. Am stärksten traf es die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP sowie die Grünen.

Abkürzungen der Parteien

FDP Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz¹

CVP Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz

SP Sozialdemokratische Partei der Schweiz

SVP Schweizerische Volkspartei

BDP Bürgerlich-Demokratische Partei

EVP Evangelische Volkspartei der Schweiz

CSP Christlichsoziale Partei

GLP Grünliberale Partei

PdA Partei der Arbeit der Schweiz

Sol. Solidarität

GPS Grüne Partei der Schweiz

SD Schweizer Demokraten

EDU Eidgenössisch-Demokratische Union

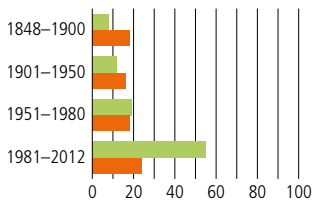
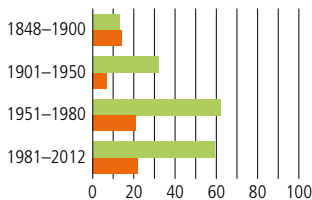
Lega Lega dei ticinesi

MCR Mouvement Citoyens Romands

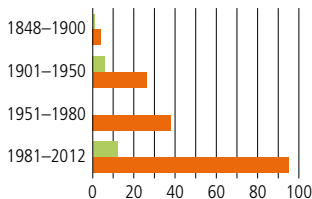
¹ 2009: Fusion von FDP und LPS unter der Bezeichnung «FDP. Die Liberalen»

Eidgenössische Volksabstimmungen

Obligatorische Referenden¹



Volksinitiativen²

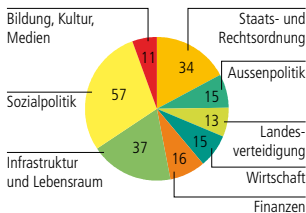


■ Angenommen ■ Verworfen

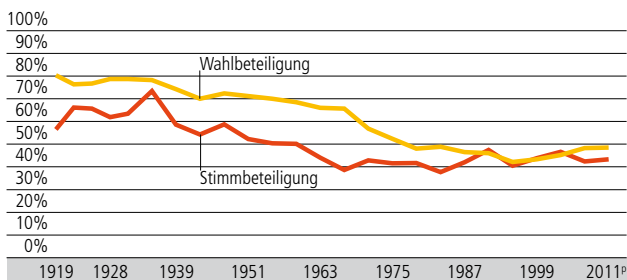
1 Inkl. Gegenvorschläge zu Volksinitiativen

2 Inkl. Volksinitiativen mit Gegenvorschlag

Themen 1991–2012



Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen



Der stärkste Rückgang bei der Wahlbeteiligung setzte nach 1967 ein, eine Entwicklung, die nicht zuletzt auf die Einführung des Frauenstimmrechts zurückzuführen ist. Der Rückgang der Stimmbeteiligung ist von starken Ausschlägen geprägt, da sich die Stimmberechtigten je nach Abstimmungsthema sehr unterschiedlich mobilisieren lassen. So belaufen sich die Extremwerte seit 1990 auf eine minimale Beteiligung von 28% und eine maximale von 79%. Ab dem Jahr 2000 hat sich die Beteiligung sowohl bei Wahlen wie auch bei Abstimmungen etwas stabilisiert und nimmt sogar wieder leicht zu.

Rechnungsabschlüsse der öffentlichen Haushalte

in Milliarden Franken

	Einnahmen			Ausgaben			Überschuss		
	2000	2010	2011 ²	2000	2010	2011 ²	2000	2010	2011 ²
Total¹	163,6	191,9	198,3	151,8	189,4	195,8	11,8	2,5	2,6
Bund	52,0	62,9	64,7	48,2	60,0	64,1	3,8	2,9	0,6
Kantone	62,8	76,9	79,2	60,0	75,5	79,7	2,8	1,4	-0,6
Gemeinden	42,1	42,5	43,5	40,6	43,0	43,8	1,5	-0,5	-0,2
Sozialversicherungen	44,5	53,5	57,9	41,1	54,9	55,1	3,4	-1,3	2,8

1 Doppelzählungen im Total nicht enthalten

2 Teilweise geschätzt

Schulden der öffentlichen Haushalte

in Milliarden Franken

	1990	2000	2008	2009	2010	2011 ³
Total¹	104,8	220,4	222,5	209,0	208,2	206,3
Bund	38,1	108,1	121,4	110,7	110,0	110,2
Kantone	29,2	63,1	56,1	52,8	52,5	50,4
Gemeinden	37,4	49,1	44,9	45,3	45,8	45,6
Sozialversicherungen	0,1	5,8	4,2	5,8	7,4	6,1

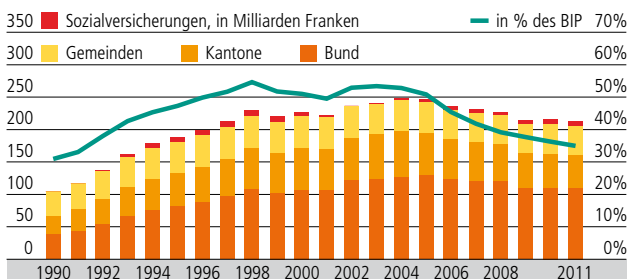
Pro Einwohner, in Franken ²	15 241	30 574	29 299	27 139	26 742	26 230
--	--------	--------	--------	--------	--------	--------

1 Doppelzählungen im Total nicht enthalten

2 Zu laufenden Preisen

3 Teilweise geschätzt

Schulden der öffentlichen Haushalte

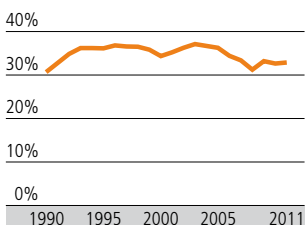


Die Staatsquote misst die Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP). Sie beinhaltet die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der öffentlichen Sozialversicherungen (AHV/IV/EO inkl. Mutterschaftsversicherung und ALV).

Trotz einem beträchtlichen Anstieg seit 1970 ist die Schweiz im internationalen Vergleich weiterhin sehr gut positioniert: Sie hat eine der niedrigsten Staatsquoten aller OECD-Länder. Die meisten europäischen Länder weisen eine deutlich höhere Quote auf.

Staatsquote

in % des BIP



Auch die Schuldenquote ist in der Schweiz verglichen mit den OECD-Ländern relativ tief. Sie ist jedoch zwischen 1990 und 2003 kontinuierlich angestiegen. Dank der bis Mitte 2008 andauernden konjunkturellen Erholung, der Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sowie verschiedener struktureller Massnahmen (u.a. Entlastungsprogramme, Schulden- und Ausgabenbremsen) vermochten die öffentlichen Haushalte seit 2005 ihre Bruttoschulden kontinuierlich zu reduzieren. Die Schuldenquote sank Ende 2011 bis auf 35,0%.

Einnahmen der öffentlichen Haushalte 2010

nach Abzug der Doppelzählungen

	in %	in Mrd. Fr.
Total	100	191,9
Ordentliche Einnahmen	100,0	191,9
Betriebliche Einnahmen	94,6	181,5
Fiskalertrag	83,5	160,2
Regalien und Konzessionen	2,1	4,0
Entgelte	8,5	16,3
Verschiedene Erträge	0,1	0,2
Transferertrag	0,4	0,8
Finanzeinnahmen	4,4	8,4
Investitionseinnahmen	1,1	2,0
Ausserordentliche Einnahmen	0,0	0,0
Ausserordentlicher Ertrag	0,0	0,0
Ausserordentliche Investitionseinnahmen	0,0	0,0

Ausgaben der öffentlichen Haushalte, nach Funktionen 2010

nach Abzug der Doppelzählungen

	in %	in Mrd. Fr.
Total	100	189,4
Allgemeine Verwaltung	7,3	13,8
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	7,6	14,4
Bildung	17,3	32,7
Kultur und Freizeit	2,7	5,0
Gesundheit	6,0	11,3
Soziale Sicherheit	39,6	74,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,8	16,6
Umweltschutz und Raumordnung	3,2	6,1
Volkswirtschaft	4,0	7,5
Finanzen und Steuern	3,7	7,0

Kriminalitätszahlen sind nur bedingt ein direkter Ausdruck der Verhaltensrealität: Zum einen unterliegen strafrechtliche Normen und Massnahmen dem gesellschaftlichen Wandel. Zum anderen werden die Kriminalitätszahlen auch stark beeinflusst durch personelle Ressourcen, Verfolgungsprioritäten, die Effizienz von Polizei und Justiz und die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung. Wie weit Veränderungen in den Kriminalitätszahlen jeweils durch welche Ursachen bedingt sind, ist in der Regel schwer zu ermitteln.

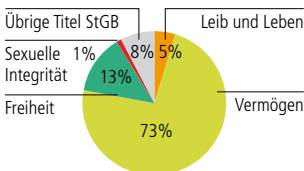
Verzeigungen

Im Jahr 2011 wurden gesamthaft 465 995 Kriminalfälle mit 692 954 Straftaten registriert. Von diesen Straftaten entfielen 81% auf das Strafgesetzbuch (StGB), 13% auf das Betäubungsmittelgesetz (BetmG), 5% auf das Ausländergesetz (AuG) und 1% auf weitere Bundesneben Gesetze.

Die Aufklärungsquote lag bei Tötungsdelikten bei 97%, bei Vermögensstraftaten bei 16%.

Die Aufschlüsselung der Beschuldigten nach Nationalität und Aufenthaltsstatus zeigt, dass im StGB-Bereich 49%, im BetmG 57% und bei den übrigen Bundesneben Gesetzen 61% schweizerischer Staatszugehörigkeit waren. Ausländer mit Wohnsitz machten 29%, 21% und 23% der Beschuldigten aus, was bedeutet, dass ein gewichtiger Teil der Ausländerdelinquenz «importiert» ist, nämlich 21% (StGB), 22% (BetmG) und 16% (übrige). Im Bereich des Ausländergesetzes machten die nicht in der Schweiz wohnhaften Beschuldigten 84% aus.

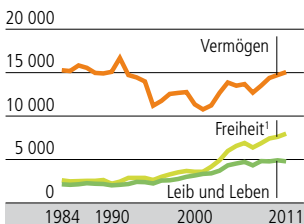
Straftaten nach Titeln des Strafgesetzbuches 2011



Verurteilungen

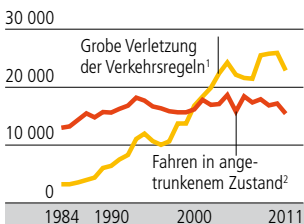
Wurden Mitte der 1980er Jahre gesamthaft etwas über 45 000 Verurteilungen gegen Erwachsene gezählt, so hat sich deren Zahl verdoppelt und liegt seit 2011 bei rund 94 600. Die Entwicklung läuft je nach dem den Verurteilungen zu Grunde liegenden Gesetz sehr unterschiedlich. Im Bereich des StGB blieben die Verurteilungszahlen seit 2005 stabil, während beim Strassenverkehrsgesetz (SVG) über eine längere Zeit betrachtet die immer intensiveren Strassenverkehrskontrollen zu mehr abgeurteilten Fällen führten. Im Betäubungsmittelbereich ist die Lage seit einigen Jahren stabil, wie auch im Bereich der abgeurteilten Verstösse gegen das Ausländergesetz.

Ausgewählte Straftaten StGB



¹ Drohung, Nötigung, Menschenhandel, Freiheitsberaubung und Entführung, Geiselnahme, Hausfriedensbruch

Ausgewählte Straftaten SVG

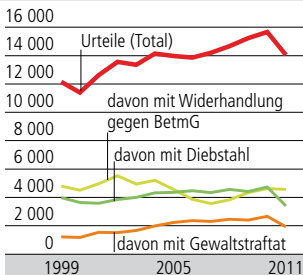


¹ Art. 90 Ziff. 2 SVG

² Mit qualifizierter Blutalkoholkonzentration (Art. 91 Abs. 1 2^{er} Satz SVG)

Jugendstrafurteile

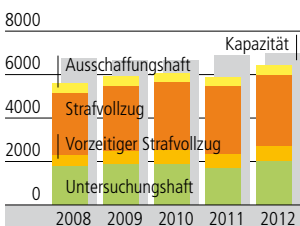
Die Entwicklung der Jugendstrafurteile zeigt eine sinkende Tendenz (2010 bis 2011: –11%), wobei die Anzahl der Drogenfälle eher stabil ist, die der Strassenverkehrsfälle zunehmen und die des Diebstahls und die im Allgemeinen minderschweren Gewaltdelikte abgenommen haben. Die schweren Gewaltdelikte sind auf sehr tiefem Niveau stabil.



Freiheitsentzug

In der Schweiz gab es 2012 109 (meist kleinere) Einrichtungen des Freiheitsentzugs mit insgesamt 6978 Plätzen. Am Stichtag, dem 5. September 2012, waren 6599 Plätze belegt. Somit lag die gesamte Belegungsrate bei 95%. Von den 6599 Insassen waren 60% im Strafvollzug, 31% in Untersuchungshaft, 6% wegen Zwangsmassnahmen nach dem Ausländergesetz und die übrigen 3% aus anderen Gründen inhaftiert. Mit wenigen Ausnahmen waren die Einrichtungen des Freiheitsentzugs in der Schweiz nicht überbelegt.

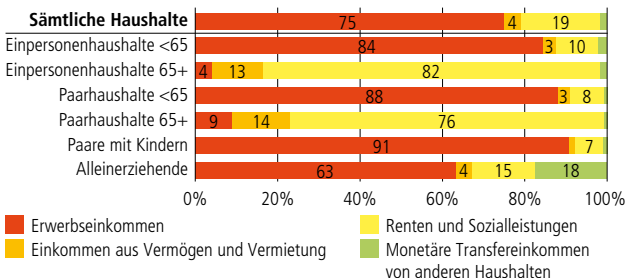
Insassenbestand nach Haftform



Rückfall

Die Wiederverurteilungsrate der 2007 wegen Verbrechen und Vergehen Verurteilten lag, bei einem Beobachtungszeitraum von 3 Jahren (d.h. bis 2010), bei 25%, diejenige von Jugendlichen bei 34%. Die höchsten Wiederverurteilungsraten hatten Personen mit zwei und mehr Vorstrafen, nämlich bei den Erwachsenen 63% und bei den Jugendlichen 66%.

Zusammensetzung des Bruttoeinkommens nach Haushaltstyp 2006–2008



Haushaltsbudget: Einkommen

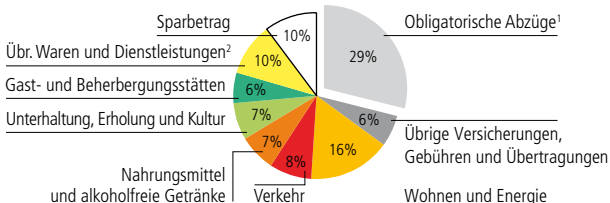
Über sämtliche Haushalte gemittelt stellen die Erwerbseinkommen mit 75% den Hauptfeiler des Haushaltseinkommens dar. Der zweite wichtige Pfeiler bilden die Renten aus der 1. und 2. Säule sowie weitere Sozialleistungen mit über 19%. Die restlichen Anteile bilden Vermögenseinkommen sowie Übertragungen von anderen Haushalten. Das Bild wird differenzierter, wenn die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens nach Haushaltstyp betrachtet wird. Dabei zeigt sich, dass beispielsweise bei Haushalten ab 65 Jahren die Renteneinkommen zwar dominieren, die Erwerbseinkommen und vor allem die Vermögenseinkommen aber eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Die Einkommen aus Überweisungen von anderen Haushalten schliesslich stellen nur bei spezifischen Haushaltstypen eine wichtige Einkommensquelle dar wie beispielsweise bei den Alleinerziehenden mit knapp 18%.

Haushaltsbudget: Ausgaben

Auf der Ausgabenseite variiert die Zusammensetzung weniger ausgeprägt. Den grössten Posten bilden mit knapp 29% des Bruttoeinkommens die obligatorischen Abzüge. Den grössten Posten im Bereich der Konsumausgaben bilden Ausgaben fürs Wohnen mit 16%. Weitere grössere Posten bilden die Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, für Verkehr sowie für Unterhaltung, Erholung und Kultur.

Nach Abzug sämtlicher Ausgaben bleiben im Durchschnitt rund 10% des Bruttoeinkommens als Sparbetrag übrig. Je nach Haushaltstyp zeigen sich hier aber deutliche Unterschiede. Haushalte ab 65 Jahren weisen im Durchschnitt einen tieferen Sparbetrag auf als jüngere. Manchmal liegt dieser sogar im Minus. Das heisst, diese Haushalte leben unter anderem vom Vermögen.

Zusammensetzung des Haushaltsbudgets 2006–2008



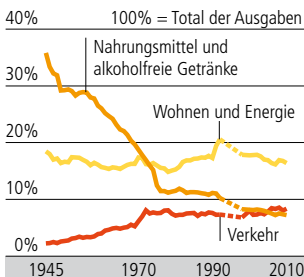
¹ Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Krankenkassengrundprämien, Transfers an andere Haushalte

² Abzüglich sporadische Einkommen

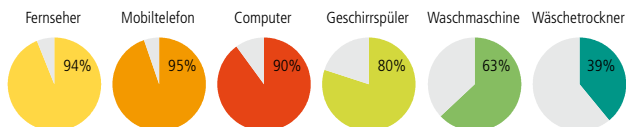
Die Haushaltsausgaben im Verlaufe der Zeit

Die Zusammensetzung der Haushaltsausgaben hat sich im Verlaufe der Zeit stark geändert. Diese Veränderungen sind deutlich grösser als die Unterschiede zwischen den Haushalten heute. So ist zum Beispiel der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke von 35% am Total der Ausgaben im Jahr 1945 auf 7% heutzutage zurückgegangen. Im Gegenzug hat der Anteil anderer Ausgaben zugenommen, wie zum Beispiel derjenige der Ausgaben für Verkehr von etwa 2% auf über 8%.

Entwicklung ausgewählter Haushaltsausgaben



Ausrüstung mit ausgewählten Konsumgütern 2010



Ausrüstung mit Konsumgütern

Die Darstellung der Ausrüstung mit einer Auswahl von dauerhaften Konsumgütern zeigt, dass Haushalte in der Schweiz im Bereich der Güter der Informationstechnologien recht gut ausgestattet sind. So leben 90% aller Personen in einem Haushalt, der über einen Computer verfügt, und 95% in einem mit Mobiltelefon. Diese Anteile sind nach wie vor im Steigen: im 1998 lebten erst 55% aller Personen in einem Haushalt mit Computer.

Auch im Bereich der Haushaltsgeräte wie Geschirrspüler, Waschmaschine und Wäschetrockner ist eine Zunahme zu beobachten. Während 2010 über 80% aller Personen in einem Haushalt mit Geschirrspüler leben, waren es 1998 erst 61%.

Materielle Entbehrungen

Wer ein dauerhaftes Konsumgut nicht besitzt, verzichtet nicht zwingend aus finanziellen Gründen darauf. 2010 mussten lediglich 1% der in der Schweiz wohnhaften Personen aufgrund ihrer finanziellen Situation auf einen Computer verzichten; bei den Autos für den Privatgebrauch betrug dieser Anteil 4%. Die häufigste materielle Entbehrung entstand aus mangelnden finanziellen Reserven: 21% der Personen in Privathaushalten waren nicht in der Lage, eine unerwartete Ausgabe in der Höhe von 2000 Franken zu tätigen. Es folgen die Entbehrungen im Zusammenhang mit der Wohnsituation: 17% der Bevölkerung lebten in einem zu lärmigen Quartier, 14% in einem von Kriminalität belasteten Quartier und 10% in einem Quartier mit Umweltbelastungen. Ausserdem konnten sich 10% der Bevölkerung nicht jedes Jahr eine Woche Ferien weg von zu Hause leisten.

Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung

Die Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung werden auf der Basis des verfügbaren Äquivalenzeinkommens analysiert. Dieses wird berechnet, indem die obligatorischen Ausgaben vom Bruttoeinkommen des Haushalts abgezogen werden und das sich daraus ergebende verfügbare Einkommen durch die Äquivalenzgrösse des Haushalts dividiert wird. Das verfügbare Äquivalenzeinkommen ist demnach ein Index für den Lebensstandard der einzelnen Personen, unabhängig davon, in welchem Haushaltstyp sie wohnen. Im Jahr 2010 war das verfügbare Äquivalenzeinkommen der wohlhabendsten Personen (20% der Bevölkerung) 4,3-mal höher als jenes der am schlechtesten gestellten Personen (20%).

Finanzielle Armut und Armutsgefährdung

In der Schweiz waren im Jahr 2010 7,9% der ständigen Wohnbevölkerung in Privathaushalten von Einkommensarmut betroffen. Dies entspricht rund 600 000 Personen. Die durchschnittliche Armutsgrenze, die auf dem sozialen Existenzminimum basiert, betrug für eine Einzelperson rund 2250 Franken pro Monat und für zwei Erwachsene mit zwei Kindern rund 4000 Franken.

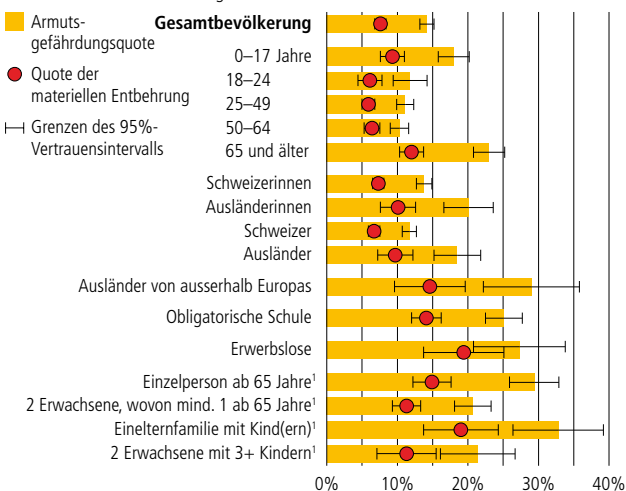
Nach dem relativen Armutsgefährdungskonzept waren 14,2% oder rund 1 070 000 Personen armutsgefährdet. Die entsprechende Armutsgefährdungsschwelle (60% des verfügbaren medianen Äquivalenzeinkommens) lag mit rund 2350 Franken pro Monat für eine Einzelperson resp. rund 5000 Franken für zwei Erwachsene mit zwei Kindern.

Armut der Erwerbstätigen

Personen in Haushalten mit hoher Erwerbspartizipation weisen generell die tiefsten Armutsquoten auf. Eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt bietet in der Regel einen wirksamen Schutz vor Armut. Dennoch waren 2010 3,5% oder rund 120 000 Personen trotz Erwerbsarbeit von Armut betroffen. Armut bei Erwerbstätigen lässt sich vor allem im Hinblick auf die (längerfristige) Sicherheit und Unsicherheit der Erwerbssituation beschreiben: Sofern Arbeitsbedingungen und Arbeitsformen eindeutig oder tendenziell als unsicher einzustufen sind (z.B. befristeter Vertrag, kleines Unternehmen, Selbständigkeit ohne Angestellte), ist auch die Armutsbetroffenheit grösser.

Armutsgefährdung und materielle Entbehrungen 2010

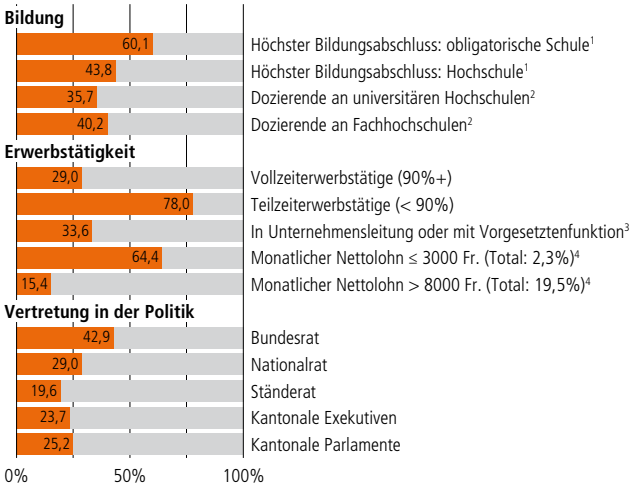
nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen



¹ Personen in einem Haushalt, der diese Merkmale aufweist

Kennzahlen zur Gleichstellung von Frau und Mann

Frauenanteil in % (letzter verfügbarer Stand 2010–2012)



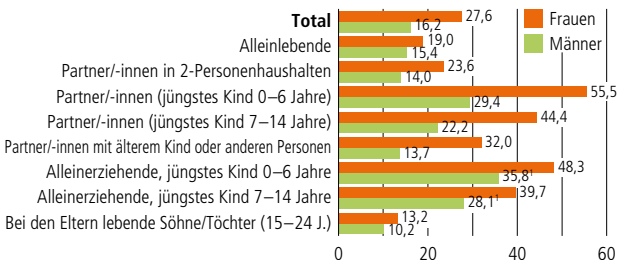
0% 50% 100%

1 25- bis 64-jährige Wohnbevölkerung
2 Professorinnen, übrige Dozentinnen, Assistentinnen und wiss. Mitarbeiterinnen

3 Arbeitnehmende
4 Vollzeitarbeitnehmende, privater und öffentlicher Sektor (Bund)

Zeitaufwand für Haus- und Familienarbeit 2010

Durchschnitt, in Stunden pro Woche



Beteiligung an Freiwilligenarbeit 2010

in % der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren

	Frauen	Männer		Frauen	Männer
Informell	22,7	13,9	Institutionell	16,9	23,0
Verwandte Kinder betreuen	8,1	3,7	Sportvereine	4,0	9,0
Pflege von erwachsenen Verwandten	1,6	0,4	Kulturelle Vereine	3,5	5,3
Andere Dienstleistungen für Verwandte	3,1	2,6	Sozial-karitative Organisationen	3,6	2,5
Bekannte Kinder betreuen	5,7	1,9	Kirchliche Institutionen	3,6	2,1
Pflege von erwachsenen Bekannten	1,1	0,3 ¹	Interessenvereinigungen	2,1	3,1
Andere Dienstleistungen für Bekannte	4,9	5,3	Öffentliche Dienste	1,2	2,4
Anderes	0,5 ¹	0,3 ¹	Politische Parteien, Ämter	0,7	2,0

1 Das Resultat beruht auf weniger als 50 Beobachtungen in der Stichprobe und ist deshalb mit grosser Vorsicht zu interpretieren

► www.statistik.admin.ch → Themen →

Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

Sind wir auf dem Weg der Nachhaltigen Entwicklung?

1 Bedürfnisdeckung – Wie gut leben wir heute?

Die Lebenserwartung in guter Gesundheit steigt	↗ ↗ ✓	Die Verurteilungen wegen schwerer Gewaltstraftaten nehmen zu	↘ ↘ ✗
Das Einkommen steigt nicht	↗ → ≈	Die Erwerbslosenquote gemäss ILO nimmt zu	↘ ↗ ✗

2 Gerechtigkeit – Wie sind die Ressourcen verteilt?

Die öffentliche Entwicklungshilfe nimmt zu	↗ ↗ ✓	Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern verkleinert sich schrittweise	↘ ↘ ✓
--	-------	---	-------

3 Kapitalerhaltung – Was hinterlassen wir unseren Kindern?

Die Lesefähigkeit von Jugendlichen verbessert sich	↗ ↗ ✓	Der Investitionsanteil am Bruttoinlandprodukt stagniert	↗ → ≈
Die Schuldenquote ist nach einem Anstieg wieder unter das Niveau von 1992 gesunken	↘ ↘ ✓	Die Anzahl Beschäftigter in Wissenschaft und Technologie nimmt zu	↗ ↗ ✓
		Die Brutvogelbestände schwanken	↗ → ≈
		Die Siedlungsfläche nimmt zu	↗ ↗ ✗

4 Entkoppelung – Wie effizient nutzen wir die Ressourcen?

Der Güterverkehr wächst stärker als die Wirtschaft	↘ ↗ ✗	Der Energieverbrauch pro Person nimmt ab	↘ ↘ ✓
Der Anteil des öffentlichen Verkehrs nimmt zu	↗ ↗ ✓	Die Materialintensität nimmt ab	↘ ↘ ✓

Angestrebte,

- ↗ Zunahme
- Stabilisierung
- ↘ Abnahme

beobachtete Entwicklung

- ↗ Zunahme
- Keine wesentliche Veränderung
- ↘ Abnahme

Zusammenfassung der Entwicklung seit 1992

- ✓ Positiv (in Richtung Nachhaltigkeit)
- ≈ Unverändert
- ✗ Negativ (weg von der Nachhaltigkeit)

In den meisten Lebensbereichen sind Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung vorhanden, gleichzeitig aber auch gegenläufige Trends feststellbar. So konnten in einigen Bereichen Verbesserungen hinsichtlich Ökoeffizienz erzielt werden, doch wurden diese oft durch Konsumsteigerungen kompensiert.

Fraglich ist auch die Fairness zwischen den Generationen: Die relativ positive Beurteilung der aktuellen Lage könnte auf Kosten zukünftiger Generationen zustande kommen. Beispielsweise verfügen rund 17% der Jugendlichen bei der Lektüre nicht einmal über die für den Alltag erforderlichen minimalen Kenntnisse. Und der Siedlungsflächenzuwachs geht grösstenteils auf Kosten von wertvollem Kulturland.

Der **ökologische Fussabdruck** misst die Nutzung der natürlichen Ressourcen und veranschaulicht die Knappheit des Umweltkapitals. Der Fussabdruck pro Person in der Schweiz ist zurzeit fast dreimal grösser als die weltweit pro Person durchschnittlich verfügbare Biokapazität. Die Hauptursache für den grossen Fussabdruck ist der Energieverbrauch.

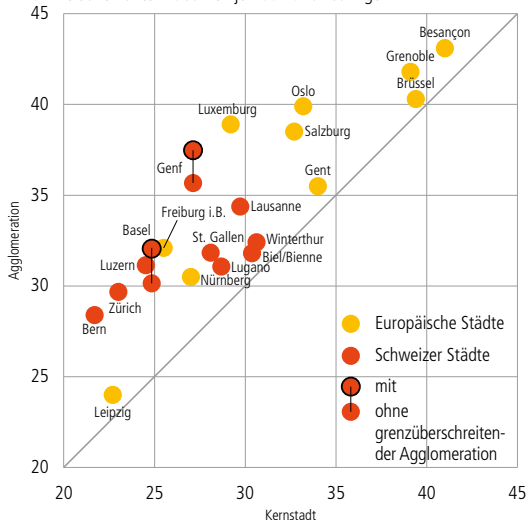
Global gesehen ist die wirtschaftliche Entwicklung oft mit zunehmendem Umwelt- und Ressourcenverbrauch verbunden. Das heisst: Je höher das Volkseinkommen eines Landes, desto grösser dessen Fussabdruck. Der schweizerische Fussabdruck liegt im Durchschnitt der meisten westeuropäischen Länder. Die nordamerikanischen und einige europäischen Länder verbrauchen pro Person bis zu viermal mehr Ressourcen als weltweit pro Person zur Verfügung stehen. Südostasien und Afrika konsumieren pro Person deutlich unter dem Weltdurchschnitt.

Ein europäisches Projekt: Urban Audit

Das europäische Projekt Urban Audit ermöglicht es, die Lebensbedingungen in den europäischen Städten auf drei räumlichen Ebenen zu vergleichen: Agglomeration, Kernstadt und Quartiere. Im Folgenden sind zwei Beispiele von Indikatoren für eine Auswahl von Städten aufgeführt.

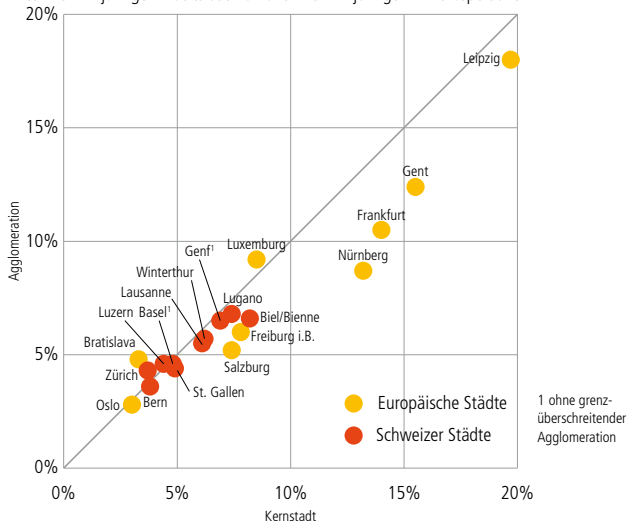
Jugendquotient 2009

Anzahl Personen unter 20 Jahren je 100 20–64-Jährige

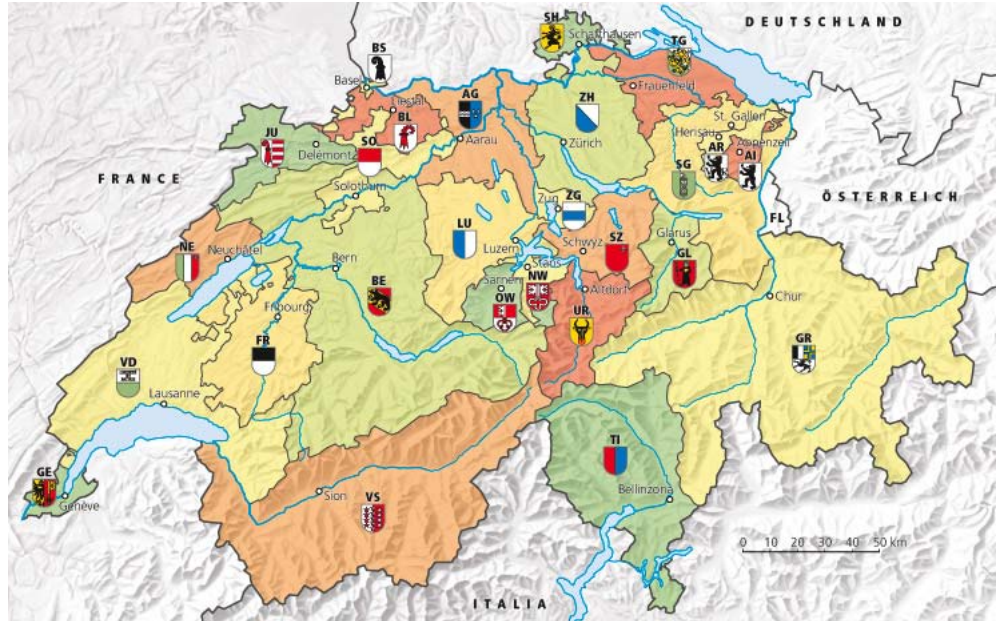


Jugendarbeitslosigkeit 2009

Anteil 15–24-jähriger Arbeitslosen an allen 15–24-jährigen Erwerbspersonen



Die Schweiz und ihre Kantone



26 Kantone

148 Bezirke

2408 Gemeinden

Stand 1.1.2013

◦ Kantonshauptort

Kantonsabkürzungen vgl. Tabelle Seite 4

Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2013 inkl. DVD

Das Statistische Jahrbuch ist das Standardwerk der Schweizer Statistik. Es vermittelt ein umfassendes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Schweiz und bietet nebst Tabellen illustrierte Übersichten zu allen Themen der öffentlichen Statistik. Das Werk ist durchgängig zweisprachig deutsch und französisch; in englischer und italienischer Sprache wird zudem ein Querschnitt mit den wichtigsten statistischen Informationen angeboten. Die dem Jahrbuch beigelegte DVD enthält den Inhalt des Jahrbuchs 2013, ergänzt durch zahlreiche regionalstatistische und weitere zusätzliche Tabellen, sowie zwei interaktive statistische Atlanten: den Stat@las Schweiz und den Wahlatlas.

Herausgegeben vom Bundesamt für Statistik. 592 Seiten (gebunden), Fr. 130.– (inkl. DVD). Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei NZZ Libro, dem Buchverlag der Neuen Zürcher Zeitung. E-Mail: nzz.libro@nzz.ch



Swiss Confederation / Confédération suisse / Confederazione Svizzera / Confederaziun svizra

Startseite | Mobile | Search | Glossar | Kontakt | Hilfe

Statistik Schweiz

Aktuell | Themen | Regional | International | Infothek | Dienstleistungen | Institutionen | ChronoStat

Das Portal Statistik Schweiz wird vom Bundesamt für Statistik (BFS) betrieben.

Statistiken von A bis Z

Themen von A bis Z

Die statistischen Themen

- 00 – Grundlagen und Übersichten
- 01 – Bevölkerung
- 02 – Raum, Umwelt
- 03 – Arbeit und Erwerb
- 04 – Volkswirtschaft
- 05 – Preise
- 06 – Industrie, Dienstleistungen
- 07 – Land- und Forstwirtschaft
- 08 – Energie
- 09 – Bau- und Wohnungswesen
- 10 – Tourismus
- 11 – Mobilität und Verkehr
- 12 – Banken, Versicherungen
- 13 – Soziale Sicherheit
- 14 – Gesundheit
- 15 – Bildung, Wissenschaft
- 16 – Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport
- 17 – Politik
- 18 – Öffentliche Finanzen
- 19 – Kriminalität, Strafrecht
- 20 – Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung

Bundesamt für Statistik

Sozialhilfe
Arbeitslose
Verkehrsunfälle
Vollkasko
RIP

Statistik Schweiz – Zahl der Woche

-2%
Jahresdrosselung der Importpreise im Jahr 2012
© BFS 2013
Zahl der Woche in meine Webseite einbetten >>

Aktuell

- Bevölkerung: Natürliche Bevölkerungsbewegung, Provisorische Monatsdaten, November 2012 (BFS, 23.01.2013 09:15) – Neue Ergebnisse
- Industrie und Dienstleistungen: Produktions-, Auftrags- und Umsatzstatistik der Industrie im 3. Quartal 2012 – Positive Produktions- und Umsatztrends, jedoch Schwächung der Auftragslage in der Schweizer Industrie (BFS, 21.01.2013 09:15) – Medienmitteilung
- Preise: Produzenten- und Importpreisindex im Dezember und im Jahresverlauf 2012 – Wenig Bewegung im Vergleich zum Vormonat – mittlere Jahressteigerung 2012 von -1,0 Prozent (BFS, 17.01.2013 09:15) – Medienmitteilung
- Industrie und Dienstleistungen: Entwicklung der Detailhandelsumsätze im November 2012 – Realer Umsatzanstieg von 2,9 Prozent (BFS, 16.01.2013 09:15) – Medienmitteilung
- Tourismus: Beherbergungsstatistik im November 2012 – Zunahme der Logiernächte im November (BFS, 16.01.2013 09:15) – Medienmitteilung

Rückblick: Bisherige Veröffentlichungen

Ausblick: Kommende Veröffentlichungen

Aus dem Inhalt

Volksabstimmung vom 3. März 2013

- Statistische Hintergrundinformationen zum Bundesbeschluss über die Familienpolitik.

Die neue Volkszählung – Strukturerhebung 2012

- Hilfen für Empfängerinnen des Fragebogens.

Suche

Zum Nachschlagen

- Statistisches Lexikon
- Online-Lexikon
- Publikationskatalog
- Ästhetische Gemeindeverzeichnis
- Definitionen
- Nomenklaturen
- Erhebungen

Karten und Atlanten

- Statistischer Atlas
- Politischer Atlas
- Galerie interaktiver Karten

Zum Abonnieren

- Unser RSS-Angebot
- Newsletter
- Folgen Sie uns auf Twitter

Ausschreibungen

- Stellenangebote
- Öffentliche Ausschreibungen

Kontakt

Adresse
Bundesamt für Statistik
Esplanade de Bâle 10
2010 Neuchâtel / Schweiz
Webseite

Zur Webcam

Auslandsdirekt
Öffnungszeiten

Das **Portal Statistik Schweiz** (www.statistik.ch) ist das umfassende Online-Angebot der öffentlichen Statistik der Schweiz. Hier sind die Medienmitteilungen, Publikationen des BFS und weiterer öffentlicher Statistikstellen sowie laufend aktualisierte detaillierte Ergebnisse in Form von Indikatoren und herunterladbaren Tabellen verfügbar. Attraktive Karten und Atlanten finden sich in den Kapiteln «Regional» und «International». Mit der Abonniierung des NewsMail-Dienstes oder von automatischen Benachrichtigungen (RSS-Feeds) können sich die Nutzer und Nutzerinnen über das breite Angebot auf dem Laufenden halten. Seit 2011 gibt es im bis anhin viersprachigen Statistikportal (deutsch, französisch, italienisch, englisch) auch ein romanisches Angebot.

Mit dem Mini-Statistikportal <http://mobile.bfs.admin.ch> bietet das Bundesamt für Statistik seit 2010 die wichtigsten statistischen Zahlen auch für mobile Geräte an.

